

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

12 (15.1.1930)

Volkstreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelagerten Millimeterzeile 12 Zeilen, Gegenüber-
seitig 20 Zeilen o. bei Wiederholung Rabatt nach Text, bei Nichtbeachtung des
Vertragsbuches, bei gleichzeitiger Verbreitung und bei Anzeigen außer Kraft tritt o. Erfüllung
von Gerichtsbeschlüssen in Karlsruhe L. 2. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 4 Uhr normalläng

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenclub

Bezugspreis monatl. 2,50 Mk. o. Ober-Jahresbeitrag 2,20 Mk. o. Durch die Post 2,60 Mk.
Einzelpreis 10 Pf. Sonntags 15 Pf. o. Ersicht 6 mal wöchentlich
vor mittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karls-
ruhe L. 2. Mühlstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Zustellen: Darmstadt, Mayen-
straße 22; Tübingen, Altes-Postamt 6; Rastatt, Poststraße 2; Offenburg, Gutenbergstraße 81

Nummer 12

Karlsruhe, Mittwoch, den 15. Januar 1930

50. Jahrgang

Einrenkung im Haag

Schacht stimmt Mitarbeit der Reichsbank zu
fort mit Schacht!

Keine Aenderung des Reichsbankstatuts?

Ungenügende Vorschläge

Das Reichskabinett veröffentlicht über seine am Dienstag nach-
mittags abgehaltene Sitzung über die Vorgänge im Haag folgendes
Communiqué:

„Das Reichskabinett hat sich mit dem Gang der Haager
Verhandlungen befaßt und soweit ein Ergebnis vorliegt, der Salu-
tation der deutschen Delegation zugestimmt.“

Nachdem die Reichsregierung im Zugevernehmen mit dem Reichs-
bankpräsidenten die Reichs-Kredit-Gesellschaft A.G. und die
Preussische Bank (Seehandlung) ersucht hat, an Stelle der
Reichsbank bis auf weiteres als Gröndler der Bank für interna-
tionale Zahlungsausgleich aufzutreten, haben sich diese Banken zur
Beteiligung bereit erklärt.“

Diese Verlautbarung der Reichsregierung wird durch folgendes
Communiqué ergänzt, das die deutsche Delegation am Dienstag
nachmittag im Haag veröffentlichte:

„Die deutsche Delegation wird in der Mittwochssitzung die
erforderlichen Schritte tun, um die Beitrittserklärung der Reichs-
bank an der Bank für internationale Zahlung gesetzlich zu ge-
währleisten.“

Der Reichsbankpräsident hat in einer Besprechung mit
dem Reichsfinanzminister eine Erklärung abgegeben, daß er sich den
aus dem Vorgehen der Reichsregierung ergebenden Verpflichtungen
nicht entziehen werde.

Damit ist die Mitwirkung der Reichsbank gesichert.“

Diese Verlautbarung des Reichskabinetts ist in diesem Zusam-
menhang so zu verstehen, daß Seehandlung und Reichs-Kredit-Ge-
sellschaft solange als Platzhalter für die Reichsbank zu fungieren haben,
bis die erforderlichen Änderungen beim Reichsbankstatut getrof-
fen sind. Es bedeutet eine persönliche Niederlage des Reichsbank-
präsidenten Schacht. Damit kann jedoch die Wäre Schacht nicht
erledigt sein. Es genügt nicht, daß Herr Schacht in diesem bestimm-
ten Falle klein beigeben hat, sondern es müssen im Interesse des
Ansehens und der Autorität der Reichsregierung Vorkehrungen ge-
troffen werden, damit sich Schacht nicht noch einmal als Staat im
Staate zeigen kann. Der Ort dafür ist das neue Reichsbankstatut.

Umso bedenklicher muß daher folgende Meldung unseres Haager
Sonderberichterstatters klingen:

Haag, 14. Jan. (Sig. Draht.) Die deutsche Delegation beabsichtigt
keine Aenderung des Reichsbankstatuts vorzunehmen.
Es wird erzwungen, in das Schlußprotokoll der Haager Konferenz
einen Passus aufzunehmen, daß es zu den Pflichten der
Reichsbank gehöre, sich an der Bank für internationale Zahlung
zu beteiligen. Finanzminister Moleneur lehnte eine weiter-
gehende Aenderung des Reichsbankstatuts, namentlich in Bezug auf
die, ganz entscheidend ab.

Der französische Finanzminister Chéron hat nach Rücksprache
mit Moleneur an Cardien ein Telegramm gerichtet, in dem
er heißt, Moleneur befürwortet auf Grund einer Vereinbarung mit
Schacht, daß die Reichsbank direkt und loyal an der Ausführung des
Haagerplanes mitarbeiten würde auf der Grundlage einer Aende-
rung des Reichsbankgesetzes. Diese Mitwirkung würde sofort er-
folgen, ohne die Aenderung des Gesetzes abzuwarten. Die Reichs-
bank wird infolgedessen den auf sie entfallenden Anteil des Kapitals
der Bank für internationale Zahlung leisten.

Was diese Meldung auch die Weiterarbeit im Haag trotz Schachts
Sondierung, in der prinzipiellen Seite der Reichsbank würde da-
mit nichts geändert. Und gerade auf die grundsätzliche Seite der
Reichsbankstatuten kommt es an wie eine kurze Betrachtung der
Sachlage darstellt!

Die im Damessplan zusammengefaßte Neuregelung des Reichs-
bankstatuts wollte u. a. verhindern, daß der Staat mit der Notenbank
Mißbrauch treibt, was während des Krieges und nach dem Kriege
tatsächlich geschehen ist. Der Boden wurde aber überbaut, und es
entstand ein Bankwesen, das dem Reichsbankpräsidenten die Mög-
lichkeit gab, Mißbrauch mit dem Staat zu treiben. Es hat sich ge-
zeigt, daß man in Dr. Schacht den Mann fand, der von dieser Mög-
lichkeit den weitestgehenden Gebrauch machte. Man mag die Ereignisse im
Haag auf das Konto des Charakters dieses Mannes schreiben, aber
wie dem auch sei: Jetzt muß mit Nachdruck die Forderung erhoben
werden, diejenigen Vorursachen zu ändern, die den deutschen
Reichsbankpräsidenten glauben machen, den Diktator spielen zu
können.

Es ist daher höchste Zeit, soll das demokratische System nicht ernst-
lich gefährdet werden, darauf hinzuwirken, daß die demokratischen
Sicherungen auch gegenüber der Notenbank sicherheitsmäßig wieder ein-
gebaut werden. Die Frage der Reichsbankorganisation ist eben, wie
sie jetzt herausgestellt hat, keine belanglose Fachfrage; sie ist bei der
ungeheuren Machtpforte der Notenbank auf allen Gebieten der
Wirtschaftspolitik mit einer Lebensfrage der Demokratie.

Wie die Sicherheiten beschaffen sein müssen, auf deren Einbau
man jetzt drängen muß, ist gewiß mehr eine technische Frage, aber
das Pariser Organisationskomitee den Mächten im Haag präsen-
tiert hat, müssen doch einige Worte über diese Frage gesagt werden.
Autonomie der Reichsbank gemahnt wird. Die Leitung einer Noten-
bank ist in weitgehendem Maße eine Personenzfrage und wenn bei
der Bestimmung des Notenbankpräsidenten dem Staat ein entscheidender
Einfluß gesichert wird (absoluter Einpruchsrecht gegen die Nomi-

nierung durch den Generalrat) so ist einigermaßen die Gewähr da-
für gegeben, daß die Politik der Notenbank sich auf der Linie der
Staatspolitik bewegt. Ausreichend ist aber diese Sicherheit, soweit
es sich um die Persönlichkeit des Reichsbankpräsidenten handelt, nur
dann, wenn keine Amtszeit möglichst kurz ist und das Reich auch das
Recht auf die Abberufung des Reichsbankpräsidenten im Notfall er-
hält, und nicht nur, wenn er die Statuten des Bankgesetzes verleiht
— eine Bestimmung, die in der Regel auf dem Papier stehen bleiben
müßte —, sondern auch wenn er in einen öffentlichen Widerspruch
mit der Gesamtpolitik des Reiches gerät.

Ueber die Person des Reichsbankpräsidenten hinaus geht es, die
Reichsbank zu einer Institution umzugestalten, die sich in die demo-
kratische Organisation des Staatsweins einfügt. Die demokratischen
Elemente, die in die Reichsbank eingebaut werden müßten, könnten
der Generalrat werden. Aber was das Organisationskomitee aus
dem Generalrat machen will, ist das Gegenteil von Demokratie: Die
heutigen deutschen Mitglieder des Generalrats, die ausschließlich
prominente Vertreter des Finanzkapitals sind, sollen das Recht ha-
ben, drei weitere Mitglieder hinzuzuwählen. Das ist Berechtigung
der Herrschaft des Finanzkapitals innerhalb der Reichsbank, des-
selben Finanzkapitals, über das die Notenbank die Kontrolle führen
soll. In diesem Punkt liegt die unerträgliche Bestimmung des
projektierten Bankgesetzes. Sie zu ändern muß Deutschlands gegen-
wärtige Hauptaufgabe sein. Der Generalrat soll mit allen seinen
Funktionen bestehen bleiben, aber als eine demokratische Institution,
womit ausdrücklich gesagt werden muß, daß zur Wahrung auch der
Arbeiter gehört.

Schließlich ist noch ein Verbindungsstück zwischen der Reichsbank
und der Reichsregierung unerlässlich, das die Autonomie der Reichs-
bank nicht antastet, aber die dauernde Fühlung zwischen den beiden
Stellen aufrecht erhalten soll. Diese Aufgabe muß dem Reichs-
minister gestellt werden. Das ist aber eine Aufgabe, die nicht auf
dem Gebiet der Rechnungsprüfung liegt, wie die des Präsidenten
des Rechnungshofes, sondern eine wirtschaftspolitische Aufgabe, mit
der die Regierung einen wirtschaftspolitischen Sachmann ihres Ver-
trauens beauftragen muß.

Das sind die wichtigsten Punkte, die aus dem Falle Schacht ge-
zogen werden müssen. Werden sie heute nicht gezogen, genügt man
sich damit, die Reichsbank zur Beteiligungs- an der internationalen
Zahlungsbank zu zwingen, so ist damit, selbst bei einem Sturz
Schachts, keine Gewähr gegeben, daß der Fall Schacht sich nicht bald
in erneuter Auflage wiederholt. Wir wollen die Demokratie, wir
brauchen hierzu jedoch ihre dauernde Sicherung und dazu brauchen
wir im demokratischen Staat eine demokratische Reichsbank.

Die Reichsregierung muß berechtigt sein, dem Reichsbankpräsi-
denten abzuberufen, wenn die Politik des Reichsbankpräsidenten sich
mit der Reichspolitik nicht mehr verträglich hat. Das ist eine Forderung,
die mit der Frage der inneren Autonomie der Reichsbank oder gar
mit der Frage der Währung nichts zu tun hat. Die Bestimmung die-
ser Forderung wird die Wahrung nicht berühren. Alle Bestimmungen
im Reichsbankstatut, die sich auf die Wahrung bzw. Währungs-
festigkeit beziehen, bleiben in Kraft. Geändert sollen und müssen
nur jene Bestimmungen werden, die es dem Reichsbankpräsidenten
bis her ermöglichten, zum Schaden des deutschen Volkes und der
deutschen Wirtschaft mit dem Staat Mißbrauch zu treiben.

fort mit Schacht!

Der Fortwärtis erhebt heute in großer Aufmerksamkeit die not-
wendige Forderung: fort mit Schacht! Er nennt die Präsi-
dentschaft des Herrn Schacht einen fürchterlichen Schandfleck für die
Reichsbank und einen unerträglichen Zustand für den Staat.
Gerade das Theater, das Herr Schacht am Montag im Haag auf-
führte, hat einen neuen unwiderleglichen Beweis dafür geliefert,
daß Schacht ein unmoralischer Reichsbankpräsident ist,
und daß er verschwinden muß. Ich weiter schalten zu lassen wie
bisher, heißt die Verfassung verletzen, den demokratischen
Staat entmachten, dem internationalen Finanzkapital die
Herrschaft überlassen. Weil wir das nicht wollen, darum fort
mit Schacht! So denken heute in Deutschland Millionen
gemeinlich organisierter Arbeiter, Millionen Wähler der so-
zialdemokratischen Partei, Millionen überzeugte Republikaner. Eine
Volksbewegung ist im Gange. Wer in Deutschland oder im Ausland
Politik treibt, wird gut tun, mit dieser Aufgabe zu rechnen.

Afganistan bezahlt Aman, Allahs Schanden

Der frühere König von Afghanistan, Aman Allah, hatte, als
er feierlich in Deutschland war, hier Waren für mehrere Mil-
lionen Mark gekauft. Die Reichskreditgesellschaft ge-
währte ihm laut Berliner Tageblatt einen Kredit in der Höhe
dieser Beträge. Jetzt hat die neue afghanische Regierung
mitgeteilt, daß sie die Waren übernehmen und den Kredit fun-
dieren werde.

Ausschluß zum Klagemauerstreit

Genf, 14. Jan. Zur Regelung des Streits um die Klagemauer
in Serufheim bei Hülbersbunden hat heute abend die Ein-
setzung eines Dreierausschusses, dem der Rat mit einigen Vorbe-
halten zustimmte. Die drei Mitglieder sollen jedoch keine bri-
tischen Staatsangehörigen sein.

Haushaltsberatung im Landtage

G. Sch. Der neugewählte badische Landtag hat gestern mit
der Beratung des Voranschlags für den Haushalt 1930/31
begonnen. Der Herr Staatspräsident und Finanzminister Dr.
Schmitt las dazu die einleitende Regierungserklä-
rung vor. Herr Dr. Schmitt besaß nicht den Ehrgeiz, mit
wenigen Sätzen möglichst viel zu sagen, er ist von kanzlei-
mäßig juristisch-bureaucratischer Gründlichkeit, die sich in wo-
chenlangem sorgfältiger Vorarbeit vorgenommen hat, in alle,
aber auch in wirklich alle Einzelheiten hineinzufügen und
sie ausgiebig zu erörtern. Seine Rede umfaßte 19 gedruckte
Spalten — rund 1600 — in Worten geschrieben sechs zeh-
nhundert — Druckzeilen. Wobei zu beachten ist, daß der
von Herrn Dr. Schmitt erdortete Voranschlag die drei
wichtigsten Ministerien noch gar nicht enthält, nämlich
die Staats des Innens, des Unterrichts und des Finanz-
ministeriums. Andere beherrschende Phantasie reicht nicht zu der
Vorstellung aus, wie lange die Rede des Herrn Staats-
präsidenten geworden wäre, wenn er gestern über alle
Staats hätte sprechen müssen.

Allen bösen Reichsreformlern oder gar Unitariern sei es
doch eindringlich gesagt: wir in Baden haben tatsächlich
noch unsere Landes- und Stammeseigentümlichkeiten. Und
— Himmelherrgottsdank! — die lassen wir uns auch
so leicht nicht rauben. Der Landtag hörte in einfach muster-
gültiger und sanfter Ruhe zu; nur von den Bänken der
Badischen Fraktion und von den Bänken, wo der Bad-
ischer Würtner bestellt worden ist, waren gelegentlich unarti-
kulierte Laute zu vernehmen. Aber piano!

Gewiß — die Rede des Herrn Staatspräsidenten war lang,
sehr lang sogar, und als Reichsparlamentarier könnte einen
das Grauen paden bei dem Gedanken, daß etwa der Herr
Reichsfinanzminister auf dem Einfall käme, seinen zeh-
n Milliardenetat mit der gleichen Gründlichkeit dem
Hohen Hause am Plage der Republik in Berlin vorzulegen,
aber, man weiß es ja aus der Geschichte: die Preußen schienen
schmeisler. Arbeitet man sich durch die gestern gehaltenen Rede
des Herrn Staatspräsidenten durch, dann kann man ihr, end-
lich und glücklich am Ende angelangt, das Zeugnis nicht ver-
weigern, daß sie vom Geiste wirklicher und ernsthafter Staats-
verantwortlichkeit getragen ist, daß aus ihr der Wille und
die Arbeitskraft von Männern spricht, die der glihernden
und so leichten Phrase abhold sind, die Argumente lieben und
sich bemühen, die Tatsachen zu sehen, wie sie eben sind.
Jede, heute doppelt schädliche Schönfärberei, wurde vermei-
den, aber auch die sinnlose Schwarzmalerei, die ja heute ein
so beliebtes deutsches Unterhaltungsstück für alle politischen
und sonstigen Spießbürger ist. Wir unterstreichen zustimmend
den Satz in der Regierungserklärung: „Es ist unsere
Pflicht, der allgemeinen Notlosigkeit und
Hoffnungslosigkeit entgegenzutreten.“
Und das klare und offene Bekenntnis zur republikanischen
Staatsform, der Treue zum Reichsgedanken, das nicht
minder klare und eindeutige Bekenntnis zur ehrlichen Ver-
ständigungs- und friedenspolitisch, werden bei der überwiegenden
Mehrheit des badischen Volkes Zustimmung finden. Nicht
minder auch die energische Betonung, daß die Beamten
dem Staate zur Treue verpflichtet sind; der folgende
Satz in der Regierungserklärung verdient in allen Hörsälen
und Schulstuben Deutschlands angeschlagen zu werden:

„Nach der staatsbürgerlichen und republikanischen Er-
ziehung aller Lehrer muß große Aufmerksamkeit zuwenden
werden. Dem hohen Amte der Jugenderziehung kann sich nur wid-
men, wer sich zum Staate positiv einzustellen vermag.“

Mögen Nazis und Moskowitzer auch schreien, wir be-
grüßen es, daß Herr Dr. Schmitt gestern namens der
Staatsregierung erklärte:

„Die Regierung wird die Verfassung in Gesechabung und Ver-
wahrung durchzuführen und sich für ihre Beachtung durch jeber-
mann im Volke einsetzen, gebotenenfalls mit den
Mitteln des Staates; die Regierung ist überzeugt, daß sie
damit dem äußeren und inneren Frieden zu dienen.“

Wir sind dessen auch sicher, daß die Mehrheit des badischen
Volkes durchaus zustimmt, wenn die Regierungserklärung be-
tont, daß Stetigkeit in der Politik nicht nur eine not-
wendige Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit ist,
sondern auch Vertrauen hervorruft. Wir werden, wie in
der Vergangenheit so auch in der Zukunft, die maßvoll außer-
ordentlich gesteigerten Ansprüche der Kirchen bekämpfen
müssen, aber wir sind bereit zu einer Politik, die den Fried-
den zwischen Staat und Kirche verbürgt.

Der Staatsvoranschlag selbst bietet kein erfreuliches
Bild — und er kann auch keines bieten. Ledet schon
das Reich unter schweren Finanznöten, müssen Länder wie
Baden bei der Finanzregelung zwischen Reich und Länder
erst recht leiden. Selbst Preußen mit seinen viel stärkeren
wirtschaftlichen und finanziellen Kraftquellen hat das
erfahren müssen. Das kleine Land Baden, das zu alledem
noch auf 440 Kilometer Grenzland gebunden ist, ist schwer
getroffen durch die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung.
Hat es auch keine beforgnisserregende Verschuldung, die
Kassenschwierigkeiten sind ebenfalls da und Aus-
gaben mühten in der jüngsten Vergangenheit aus Auflei-
hemitteln befristet werden, die in den ordentlichen Etat hinein-
gehören. Dazu kommt, daß die Aufwendungen für die drei

Hochschulen die Kraft des Landes bereits überschreiten und die Mehrausgaben, die aus der vom Reichstag beschlossenen Besoldungsordnung das Land mit annähernd anderthalb Duzend Millionen belasten. Wenn in der Rede des Staatspräsidenten ziemlich bittere Klagen gegen die Reichsgesetzgebung auf steuerlichem und finanziellen Gebiete geführt wird, so vermögen wir nicht zu widersprechen. Die Steuer- und Finanzgebarung des Reichs in den letzten fünf Jahren war nur zu oft eine üble, um nicht zu sagen unverantwortliche Gelegenheits-gesetz-macherei, die heute sowohl das Reich selbst, wie die Länder und die Gemeinden hart büßen müssen. Die Sozialdemokratie kämpft seit Jahren, leider im allgemeinen erfolglos, gegen diese Gesetzesmacherei. Wie im Reich, so stellt auch in Baden die schwebende Schuld eine stete Gefahrenquelle dar, die endgültig und gründlich zugestopft werden muß, sollen nicht neben dem Reich auch die Länder in beschämende und untragbare Abhängigkeit vom privaten Finanzkapital geraten. Und wir stimmen Wort für Wort der Regierungserklärung zu, wenn sie sagt:

„Die Finanzen des Reiches müssen saniert werden, was ist aber nicht denkbar und auch nicht möglich, ohne das Reich gleichzeitig auch an die Sanierung der Finanzen der Länder und Gemeinden denkt. Eine Sanierung bloß der Reichsfinanzen ist nur Stückwerk. Eine Sanierung der Reichsfinanzen, welche wie bisher oder wie bei der Besoldungsordnung einfach über die Länder und Gemeinden hinwegschreit und diese einem ungewissen Schicksal überläßt, ist eine Ungerechtheit, gegen welche wir mit Nachdruck Stellung nehmen müssen.“

Wir stimmen zu, sofern Deutschland sich auch in Zukunft den Luxus leisten will, achtzehn Länder mit sogenannter Eigenstaatlichkeit aufrecht zu erhalten. Wir glauben aber, daß die Zwangsläufigkeiten der Zukunft zu einer wirtschaftlichen und grundsätzlichen Reichsreform führen werden. Und darüber gleitet die gestrige Regierungserklärung mit vielklagenden vierundeinviertel Zeilen hinweg. Sie scheint kampfeslustig an die Grenzpfähle faum noch lebensfähiger Länder zu stellen, mag in Wahlveranstaltungen gelegentlich vortrefflich sein, vom Standpunkt des gesamten deutschen Volkes aus gesehen solche Wachtparaden an den Ländergrenzpfählen nicht gerade imponierend.

Daß unter den leider einmal gegebenen Verhältnissen zahlreiche dem Landtag und der Regierung unterbreitete Wünsche und Forderungen nicht erfüllt werden können, trotzdem ihre Notwendigkeit und Dringlichkeit nicht bestritten werden kann, muß hingenommen werden. Es wird da gerade für die beiden Regierungsparteien im weiteren Verlaufe der Staatsberatung manche harte und bittere Stunde geben, weil sie weder der agitatorischen Phrasen noch der unverantwortlichen Etatsgestaltung unterliegen dürfen.

Nach der Regierung haben nunmehr die Parteien das Wort. Es wird schon interessant sein, sie und ihre Argumente zu hören.

Württemberg und Baden

Lehrreiche Finanzverhältnisse

Stuttgart, 14. Jan. (Eig. Meldung.) Der Württembergische Landtag ist am 14. Januar nach längerer Pause wieder zusammengetreten und begann seine Beratungen mit der ersten Lesung des Haushaltsplanes für 1930. Wie aus der Rede des Finanzministers Dr. Dahlinger, mit der die Verhandlungen eingeleitet wurden, zu entnehmen war, ist

Die Finanzlage des Landes als günstig

zu bezeichnen, da der Staat bisher ohne Aufnahme von schwebenden oder dauernden Schulden durchgekommen und das Betriebskapital der Staatskassen in der vollen Höhe von 16 Millionen Mark vorhanden ist. Das ist die Folge der günstigen Abschlüsse aller Etatsperioden seit der Überwindung der Inflationszeit bis zum Jahre 1928. Auch der noch nicht abgeschlossene Etat von 1929 dürfte durch die aus den vorausgegangen Jahren übernommenen Restmittel ausgeglichen werden können.

Preußischer Unterrichtsminister und Radio

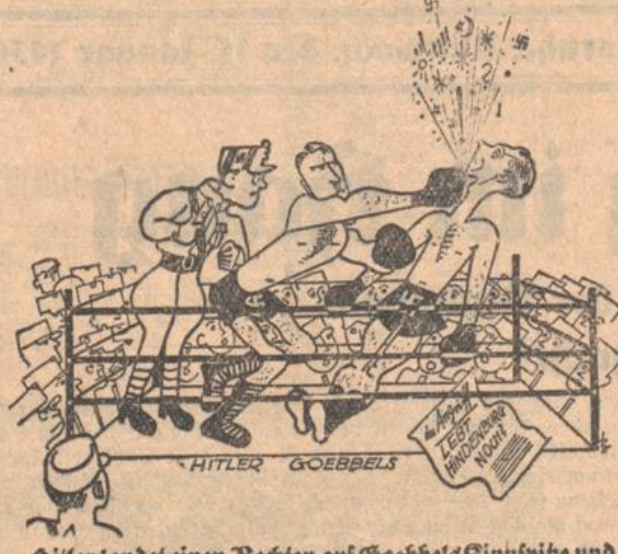
Der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Professor Dr. Becker ist vom Bundesvorsitzenden des Arbeiter-Radiobundes Deutschlands C. B. gebeten worden, dem Ehrenausschuß der von der Ortsgruppe Berlin des Bundes für Ende Februar dieses Jahres geplanten künstlerischen Veranstaltung, die weitere finanzielle Mittel für die soziale Radiobilde beschaffen soll, beizutreten. Minister Dr. Becker beabsichtigt der Bitte zu entsprechen.

Hitler gegen Goebbels

Die Beleidigungsklage des Reichspräsidenten von Hindenburg gegen den Berliner nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Goebbels scheint zu recht unangenehmen Folgen für Goebbels zu führen. Hitler hat den Abg. Goebbels als Gauleiter der Nationalsozialisten in Groß-Berlin auf vier Wochen suspendiert und an seine Stelle den Reichstagsabgeordneten Straffer, dem man nachsagt, daß er zu den ausgesprochenen Gegnern des Disziplinierten gehört, inzwischen mit der Führung betraut.

Der Kampf um die Meisterschaft in der NSDAP.

Goebbels mußte wegen „schwerer Erkrankung“ einen vierwöchigen Urlaub antreten.



Hitler landet einen Rechten auf Goebbels' Kinnspeige und schießt ihn bis vier (Wochen) in das Land der Träume.

Das Republikenschutzgesetz

Die 1. Lesung im Ausschuss beendet

Der Strafkommittent des Reichstags beendete die erste Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik. § 11, der die Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens von Vereinen zuläßt, deren Zweck den Strafbestimmungen des Gesetzes oder den Vorschriften des Strafgesetzbuches über den Hochverrat zuwiderläuft, wurde mit einem Zusatz angenommen, daß aus dem eingezogenen Vereinsvermögen Gläubiger, des Vereins, befriedigt werden können, wenn es zur Vermeidung von Härten erforderlich erscheint.

§ 12 bedroht denjenigen mit Strafe, der sich an einem aufgelösten Verein als Mitglied beteiligt, oder ihn auf andere Weise unterstützt, oder den durch den Verein geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrecht erhält, ferner wer ein Mitglied eines aufgelösten Vereins oder ein auf frühere Zugehörigkeit zu ihm hinweisendes Abzeichen öffentlich trägt.

§ 13 läßt die Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung für den Fall zu, daß eine der im Republikenschutzgesetz oder in den Hochvertragsbestimmungen und den im § 110 des Strafgesetzbuches bezeichneten Handlungen begangen ist.

Darlehenskasse in Schwierigkeiten

Stuttgart, 14. Jan. (Eig. Meldung.) Der Darlehens-Kassenverein in Sulzbach a. d. Murr ist in große finanzielle Schwierigkeiten geraten. Obwohl zur Deckung des Defizits ein Vorstandsmitglied 20 000 Mark, verschiedene Aufsichtsratsmitglieder 27 000 Mark und ein Fabrikunternehmen 47 000 Mark beisteuern werden, bleibt noch ein Betrag von 220 000 Mark ungedeckt, wobei jedes einzelne Vereinsmitglied einen Betrag von 700 Mark aufzubringen haben wird. Man will versuchen, den Verein zu sanieren, da sonst viele kleine Leute, auch Arbeiter, ruiniert werden würden.

Papageieneinfuhrverbot für Hamburg

Der Hamburger Senat hat eine Verordnung erlassen, nach der die Einfuhr von Papageien und Sittichen bis auf weiteres verboten ist. Die Verordnung bestimmt, daß in besonderen Fällen der Landesminister unter Anordnung der erforderlichen Sicherungsmassnahmen Ausnahmen von dem Verbot zulassen kann.

Tardieu erwartet normalen Konferenz-verlauf

Paris, 14. Jan. (Eig. Draft.) In einem am Dienstag vormittags abgehaltenen Ministerrat erklärte Tardieu über die Fortschritte der langer Konferenz Bericht. Tardieu gab insbesondere seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß der Expeditionsbericht von Schacht's von sämtlichen Delegationen einstimmig abgelehnt worden ist. Tardieu sprach ferner die Hoffnung aus, daß dem Zufall eine prompte Regelung folgen werde. Er unterstrich schließlich das einheitliche Vorgehen der Gläubigermächte während der bisherigen Verhandlungen und stellte fest, daß auch zur deutschen Delegation gute Beziehungen herrschen.

Kommunisten wollen Arbeiterblut fließen sehen

Die Kommunisten Nordwestdeutschlands rufen durch Plakate und Pressendruck zu einem Massenmarsch nach Hamburg auf, wo am 1. und 2. Februar ein Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsorganisation stattfinden soll. Mit dem Auftuf verbunden sind Drohungen gegen die Samunter-Polizei, von der bei dieser Gelegenheit, wie es in der kommunistischen Presse heißt, „neue Proletariatsmorde bestimmt erwartet werden.“ Unschwerlich will man wieder einmal zu höherer Ehre Meistens Arbeiter vor die Gewehre treiben.

Kommunistenkrawalle in Worms

Worms, 14. Jan. Montag nachmittags fand hier eine von den Kommunisten einberufene Gewerkschaftenversammlung statt. Etwa 500 Personen saßen im Anhörsaal in kleinen Gruppen nach dem Marktplatz, obwohl mit Rücksicht auf die Vorkommnisse am letzten Freitag ein Umsaß polizeilich verboten war. Hier hielt der kommunistische Landtagsabgeordnete Müller abermals eine Rede, nachdem auch in der Versammlung gegen die Polizei in ausgiebiger Weise gehetzt worden war. Da eine öffentliche Veranstaltung verboten war, schritt die Polizei ein, um die Leute abzu-drängen. Der Landtagsabg. Müller forderte, die Polizeibeamten zur Säuberung des Platzes und der Straßen zu schreiten, öffentlich zum Widerstand gegen die Polizei auf mit den Worten: „Nieder mit der Polizei!“ Im Laufe der Säuberungsaktion, bei der mancher mit dem Gummiknüppel Bekanntschaft machen mußte, wurden sechs Personen amassensmäßig, gegen die ein Verfabren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet wird.

Worms, 14. Jan. Am Dienstag ist es wieder zu einer Erwerbslosenkundgebung gekommen, in deren Verlauf ein junger Mann durch einen Kopfschuß getötet worden ist.

Mistfrauensvotum in Sachsen

Dresden, 14. Jan. (Eig. Draft.) Die sächsische Regierung blieb am Dienstag bei der Abstimmung über ein Mistfrauensvotum gegen die Reichsregierung mit 47 gegen 42 Stimmen in der Weizsäcker-Debatte. Für das Mistfrauensvotum stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Altschlafisten, die vier Demokraten enthielten sich der Stimme, während drei Abgeordnete der Aufmerksampartei vor der Abstimmung den Saal verlassen hatten. Das Mistfrauensvotum ist trotzdem als abgelehnt, weil nach der sächsischen Verfassung ein Mistfrauensvotum nur dann als angenommen betrachtet werden kann, wenn von den 96 Abgeordneten 49 für das Votum gestimmt haben.

Vor der Abstimmung über den Mistfraunsantrag stand ein nationalsozialistischer Mistfraunsantrag gegen den am ersten sozialdemokratischen Parteitag geborenen Arbeiter- und Wohlfahrtsminister Eisner zur Beratung. Die Nationalsozialisten lehnten ihren Antrag mit dem Hinweis auf die Verluste der sächsischen Wohlfahrtsliste beim Seidemannanliegen und mit angeblichen Mißständen bei der sächsischen Landesversicherungsanstalt. Die bürgerlichen Regierungsparteien ließen erklären, daß sie sich bei der Abstimmung gegen Eisner der Stimme enthalten würden, weil die Untersuchung über die in Frage stehenden Vorgänge im Reich des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums noch nicht abgeschlossen seien. Tatsächlich hätten sie aber Minister Eisner durch den Ministerpräsidenten bereits sagen lassen, daß er ihr Vertrauen nicht mehr besitzen könne. Eisner habe ausgenutzt, sein Vorgesetzter sei unzureichend. Diesen Tatbestand bestätigte der Ministerpräsident auf sozialdemokratische Anfragen. Daraufhin erklärte Abg. Böchel (Soa.), daß auch die sozialdemokratische Fraktion sich der Stimme enthalten werde, da der Rücktritt Eisners bereits feststeht.

Berlin verbietet Umzüge

Berlin, 14. Jan. Die SPD hatte zu MassenDemonstrationen für heute aufrufen. Da mit Zusammenstößen gerechnet werden mußte, hat der Polizeipräsident alle Versammlungen unter freiem Himmel und alle Umzüge verboten.

Evas Weg

Erzählung von Elisabeth Thommen

Copyright by Drell Hübsli, Zürich

(Nachdruck verboten.)

Eva wird nachdenklich. Langsam beginnt sie an die Zufriedenheit dieser Ehe zu glauben. Aber ist denn das noch eine Ehe, wenn die Frau wie der Mann außerhalb des Hauses arbeitet? Sicherlich nicht eine im gewöhnlichen Sinne, überlebt Eva. Aber wo steht es denn geschrieben, daß man immer alles gleich tun muß, wie es unsere Väter und Urgroßväter taten? Ist denn nicht alles auf der Welt Bewegung? Steht denn irgend etwas still? Wer weiß, wer weiß...

„Liebt dich dein Mann denn noch gleich wie am Anfang?“ fragt da Eva plötzlich. Mit überhöflichem Ton überdeckt sie den tiefen Ernst ihrer Frage.

„Wenn ich zuerst verblüfft über die plötzliche Gesprächswendung. Sie denkt ein kurzes Weildchen nach und meint: „Wie am Anfang?“

„Nein, sicher nicht. Das verlorst du wie Märtyrerin an der Sonne.“

„Und — wie nimmst du denn das an?“

„Nun, wie soll ich denn aufnehmen?“ wundert sich Renne.

„Ganz aut. Es geht jetzt ganz aut, sag ich dir. Zuerst meinte ich freilich auch, ich habe etwas verloren, aber das ist im Grunde gar nicht wahr. Ich habe dafür auch etwas gewonnen etwas Neues, Schöneres. Wir sind jetzt wie zwei Freunde: Nehmen uns so, wie wir sind. Stellen nicht Ansprüche, die wir beide doch nie erfüllen können. Paß, anfangs wollte er mich immer nach einem bestimmten System modeln, und ich ließ ihn auch nie in Ruhe. Aber jetzt sind wir Kameraden. Wir haben so viel Gemeinsames, worüber wir reden können: das Geschäft, die Musik, der Garten, die Forträge, die wir besuchen, unsere Freunde — und dann die Belo, die Belo nicht zu vergessen!“ flüster Renne lachend bei. Dann schließt sie ab: „So nun hab ich aber gerade genug von mir geplatzt. Nun erzählt mir auch etwas von dir.“

„Was soll ich denn von dir erzählen?“ fragt Eva wortlos.

„Nun“, ermuntert Renne, „wie geht es dir denn?“

„Ach, so so!“

„Reichste und maßt du fleißig?“

„Reichsten? O, die längste Zeit rührte ich keinen Stift an. Zeit eher wieder.“

„Ach, wie schade, wie schade! Du bist so begabt, so sehr begabt! Sanmerichade!“

Eva lacht giera nach dem aufrichtigen Ton in Renne's Stimme. Wie wohl ihr das tut, daß jemand sagt, sie habe irgendwo eine Begabung, sie könne etwas! Wie es sie anpackt, sie befriedigt und ihr doch zugleich als heftig schmerzender Dorn im Fleisch festsitzen bleibt!

„Ich dachte immer, du werdest vielleicht Malerin,“ meint da Renne.

„Deren gibt es doch schon allzuviel. Mit ihren ewigen Blumen und Stillleben! Was hat denn das für einen Sinn!“

„Aber es gibt doch auch praktische Verwendungen deines Talents!“ — Was treibt dich denn eigentlich, damit dir das Leben nicht allzu schal und langweilig vorkommt?“

„So, ich liebe eben die Haushaltung, wie die andern Frauen meines Standes auch,“ gibt Eva etwas von oben herab zur Antwort. Die unausgelebte Frage bringt sie in Verlegenheit. „Aber“, flüstert sie wahrheitsgemäß hinzu, „Marie belornt alles so aut wie selbständig, aber trotzdem — es gibt da und dort zu tun.“ — Mein Mann sieht es übrigens gern, wenn ich mich damit befaße...“

„O, wie lieb es auch die kluge Frau, in unbehaglichen Lagen den bequemen Gatten als unantastbares Drafel vorzuziehen. Mein Mann sagt... Mein Mann findet... Mein Mann wünscht... Mein Mann ist auch der Ansicht... Das macht sich so aut, nicht wahr, das hänt der Frau ein so schönes Mantelchen der Demut und der ehelichen Abhängigkeit an, das man überall, besonders in Frauenkreisen, so sehr zu schätzen weiß!“

„Du Armes, Armes,“ sagt Renne sehr herzlich. „Da siehst du also den ganzen Tag in deiner Praktischmachungs- und wartel, wartel, bis dein Mann nach Hause kommt und dir von der Fülle der Ergebnisse da draußen etwas mitbringt! Kein Wunder siehst du so blaß und müde aus. Dies ewige Warten auf etwas, das doch nie eintrifft — denn es ist ja eigentlich doch nicht der Mann, worauf man wartet, sondern man sehnt sich unendwähnt nach ganz andern Ertüllungen!“ — dies Worten wirkt auf die Vänge sehr lebend.

„Woher weißt du denn das alles?“ wundert sich Eva. „Du bist doch nicht viel älter als ich.“

„Ach, man macht so keine Erfahrungen. Ich bin doch schon viel herumgelaufen und da beobachtet man allerlei.“

„Aber was soll man denn gegen diese Zustände tun?“

Eva sagt es müde und hoffnungslos, ohne weiter eine Fröhlichkeit vorzutäuschen, die nicht in ihr ist.

„So Gutes, das kann ich dir auch nicht so handbreitrum sagen. Das Leben ist für uns Frauen gar nicht so einfach, wie man immer meint. Es mag an der Zeit liegen, die nach vorwärts drängt — was meinst man! Jeder muß eben seinen Weg selber suchen. Es führt mehr als einer nach Rom.“

„Wüßte ich nur, wie, wie...“ flüstert Eva.

„Schüt dich deine Marie weg,“ rät Renne unmissig.

Eva erwidert. Sie hat auch schon daran gedacht, in Zeiten, da das Leben ihr allzu unheillos vorgekommen ist. Aber nein, das konnte ihr keine Erlösung bringen, ist er nicht andern vielleicht wohl. Und außerdem: Triß würde keine alte treue Hausmutterin nie fortgehen können.

Jeder muß eben seinen Weg selber suchen, Mingt es wie ein Echo in Evas Innern.

„Sieh“, unterdrückt Renne ihre Gedanken, „darf ich offen reden: es ist irgendwie nicht gerechtfertigt, wenn zwei Personen ihre ganze Zeit, ihre ganze Arbeitskraft dazu verwenden, damit eine dritte ein schönes Heim hat! Und dann: Soll denn ein einziger Mann drei ermagene Personen ernähren? Ja, wenn eine der Arbeitskräfte durch Kinder beansprucht wird, dann wohl...“

„Wie meinst du denn das alles?“ fragt Eva verwirrt. „Ich ver-stehe rein gar nichts.“

„Nun,“ lacht Renne, „es ist nicht so schwer. Ich meine es doch bloß so: mir scheint, in unserer heutigen schweren Zeit ist es schon viel, wenn ein Mensch sich selber durchs Leben drängt, sich mit seiner Hände Arbeit ernähren kann. Es ist aber bereits verunmenslich, wenn ein Mensch — dein Mann zum Beispiel — zwei erwachsene Personen ernähren kann, ohne daß die eine zum Unterhalt so oder so etwas beiträgt: sich und seine Frau. Aber gleich drei Personen: sich, seine Frau, seine Frau — da muß eine Kraft einfach drauf liegen bleiben — da kommt irgend etwas nicht.“

„Warum soll es denn nicht können, wenn doch das Geld aut ausreicht?“ widerspricht Eva. „Sollen es denn alle Menschen leisten haben?“

(Fortsetzung folgt.)

Badens Konjunktur-Verschlechterung

63 660 Arbeitslose in Baden

Das Landesarbeitsamt Süddeutschland teilt mit: In der Berichtszeit vom 2. bis 8. Januar 1930 hatte die Steigerung der Arbeitslosigkeit in Süddeutschland nicht mehr den Umfang wie in den letzten Tagen des alten Jahres. In der Anspruchnahme der Arbeitslosenversicherung allerdings hat sich in der ersten Woche des neuen Jahres die Verschlechterung, die der Arbeitsmarkt in den Tagen vor und nach Weihnachten erlitten hatte, in besonders starkem Maße ausgewirkt.

Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 8. Januar 1930 folgender:

In der versicherungsmässigen Arbeitslosenunterstützung 95 051 Personen (82 329 Männer, 12 722 Frauen); in der Arbeitslosenunterstützung 11 117 Personen (8649 Männer, 2468 Frauen).

Die Gesamtaabl der Unterstützten stieg um 10 430 Personen oder um 10,9 v. H. von 95 788 Personen (81 517 Männer, 14 271 Frauen) auf 106 188 Personen (90 978 Männer, 15 190 Frauen); davon kamen

auf Württemberg 42 508 gegen 37 906 und auf Baden 63 660 gegen 57 882 am 31. Dezember 1929.

Im Gesamtvergleich des Landesarbeitsamts Süddeutschland kamen auf 100 Einwohner 21,1 Hauptunterstützungsanmeldungen am 8. Januar 1930 gegen 20,4 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Besonders stark waren die Zugänge zur Arbeitslosenunterstützung immer noch aus den Bauereifen; doch kamen diese Zugänge zum grössten Teil aus dem alten Jahr. Die günstige Bitterung hat eine kleine Erleichterung der Lage herbeigeführt dadurch, daß viele Bauarbeiten, die unterbrochen waren, wieder aufgenommen wurden. Einige Arbeitsämter konnten wieder Vermittlungen in geringem Umfange vornehmen. Die Zahl der in den Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge beschäftigten Kraftsamarbeiter betrug über 1700 Mann gegen 1500 in der Vormwoche. In der Industrie der Steine und Erden ist nicht nur keine Besserung, sondern in fast allen Betriebszweigen sogar eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage eingetreten. Von einem Fortlandsament, meß wurden allein 250 Arbeiter entlassen. Im Bergwerksberwerb wurden die von der Reichsbahn und Reichspost beschäftigten Aufsichtskräfte wieder entlassen; auch über Entlassungen von Streckenarbeitern wurde in mehreren Bezirken berichtet. In der Rheinisch-Westfälischen Industrie war der Bedarf an Schiffspersonal und Maschinenbauern ziemlich lebhaft.

Die Bauwirtschaft war mit ihren Kräfteanforderungen für das Frühjahr immer noch sehr zurückhaltend. Die Forstwirtschaft gab weitere Kräfte frei, doch ist in den Hauptbezirken der Beschäftigungsstand noch bedrückend.

Im Gast- und Speisewirtschaftsberwerb hat die Vermittlungsaktivität nach den Feiertagen nachgelassen; nur eine gesteigerte Nachfrage nach Küchenmädchen war zu verzeichnen. Die Personalanforderungen der Winterfurturen liefen sich in sehr engen Grenzen. Niemand befreit war die Nachfrage nach häuslichem Dienstpersonal. Gesucht wurden in fast allen größeren Orten tüchtige Dienstmädchen, Köchinnen und Zimmermädchen und verlässliche Kindermädchen. Das zur Verfügung stehende Angebot genigte aber hinsichtlich ihrer Ausbildung und Kenntnisse nur zum kleinen Teil den Anforderungen der Hausfrauen. Im Feinverberwerb ist das Vermittlungsvermögen zurückgegangen.

In der Industrie war die saisonmäßige Abminderung der Verberberungsaktivität nicht besonders stark, so daß sich die Gesamtzahl in der ersten Woche des neuen Jahres nicht mehr erheblich verschlechtert hat. In der Metallindustrie war teilweise ein leichtes Anwachsen der Vermittlungsaktivität für Spezialkräfte zu beobachten. Im allgemeinen neigt die Lage noch zur Abminderung. Verschärfte Entlassungen wurden aber nur in der badischen Uhrenindustrie gemeldet. In größerem Umfang dagegen wurde Entlassung von Kurzarbeiter berichtet. In der Textilindustrie hat eine Textilfabrik 34 Entlassungen vorgenommen; im übrigen erlitt die Beschäftigungsstand keine merkliche Einbuße. In der Lederindustrie wurden viele Sattler und Tapsierer entlassen. Eine Kofferfabrik wurde stillgelegt. In der Papierindustrie wurden von einer Kartonagenfabrik weitere hundert Arbeitskräfte entlassen.

Im Holz- und Schnitstoffberwerb ist die rückläufige Bewegung immer noch nicht zum Stillstand gekommen. Von den Entlassungen wurden in erster Linie wieder die Sägemerksarbeiter und dann die Hobel- und Kaufmeisner betroffen. Auch die Harmonikaindustrie und die Weibschneiderindustrie nahmen Entlassungen vor. Im Holzverberwerb und Holzmittelsberwerb haben die saisonmäßigen Entlassungen in der Zuckerindustrie begonnen. Die Entlassungen in der

badischen Zigarrenindustrie hielten sich noch in engen Grenzen; Kurzarbeit dagegen wurde in einigen Betrieben für mehrere hundert Arbeitskräfte eingeführt. Im Bekleidungsberwerb war ein ziemliches Absinken der Beschäftigung zu verzeichnen. Schneider und Schneiderinnen und Modistinnen meldeten sich an vielen Orten arbeitslos. Die vor mehreren Wochen stillgelegte Schuhfabrik hat ihren Betrieb wieder aufgenommen und die entlassenen Arbeitskräfte zum großen Teil wieder eingestellt. In den Anstellensberberben hat sich die Lage neuerdings bedeutend verschlechtert, insbesondere ist die Unterbringung von Technikern zur Zeit nicht möglich.

Weiterer Arbeitslosenanstieg im Reich

Nach den endgültigen Berichten der Landesarbeitsämter ist die Zahl der Hauptunterstützungsanmeldungen in der Arbeitslosenversicherung in der zweiten Dezemberhälfte um 340 000 Personen, d. i. rund 24 Prozent, gestiegen. Sie betrug am Schluß des Jahres 1929 etwas über 1 1/2 Millionen und lag damit um ungefähr 70 000 über der Zahl des Vorjahres. Die Zahl der unterstützten Männer hat in der zweiten Dezemberhälfte 1929 um fast 300 000 zugenommen, so daß sie am 31. Dezember fast einundhalb Millionen erreichte, während die der unterstützten Frauen sich auf etwas über 300 000 belief. Aus der Reihe n für das Jahr wurden am Jahresende 210 000 Arbeitslose unterstützt (170 000 Männer, 40 000 Frauen). Im Vorjahre waren es 124 000.

Innenminister Fried.



„Man beschuldigt Sie hochverräterischer Umtriebe. Zunächst aber darf ich Sie wohl begrüßen, wir kennen uns vom Hitler-Putsch her.“

Aus aller Welt

Grüekinsturz

Moosburg an der Isar, 14. Jan. Gestern verunglückte an der Baustelle des Dampferbauwerkes durch den Einsturz eines Gerüstes ein Arbeiter tödlich, 10 Arbeiter wurden schwer und drei leicht verletzt.

Opfer Teufels noch nicht ermittelt

Regensburg, 14. Jan. Dem Polizeibericht zufolge kommt der als vermisst gemeldete Nahrungsmittelreisende Georg Weiser aus Regensburg als Opfer des Mörder Teufels nicht in Frage. Es wurde festgestellt, daß Weiser am 29. November vor. Js. in einer Brauerei in Regensburg übernachtete und daß er am 4. Dezember geseendet einer Weiskampferlagerung in Inzellstadt als Disziplinensoldat auftrat und sich seit Januar in Marktreut aufhält.

Nationalsozialist Schwarz meldet sich

Der vermisste Nationalsozialist Ernst Schwarz hat sich durch eine Postkarte bei seinen Angehörigen gemeldet. Sein Verschwinden hat damit eine harmlose Ausflucht gefunden.

Unschlählichmachung einer Einbrecherbande

Kiel, 14. Jan. Eine Einbrecherbande von neun Personen, die der Kieler Geschäftswelt in den letzten Monaten erheblichen Schaden zugefügt hat, ist von der Kieler Kriminalpolizei unschlählich gemacht worden. Der Bande, die bei ihren Einbrüchen moderne Werkzeuge und Apparate benutzte, hat u. a. die leinseitig gemeldeten Geldgraneinbrüche in der Kieler Filiale der Badener Erdgas- und Apparatefabrik in Kiel ausgeführt. Bissher konnten ihr 25 Einbrüche in Kiel nachgewiesen werden. Der Führer der Bande hat für sich noch seiner Verhaftung Selbstmord begangen.

Ueberfall im Tschernomyjprojeh

Berlin, 14. Jan. (Sig. Draht.) Auf Aramudje, einen der Hauptangehörigen im Tschernomyjprojeh wurde nach Schluß der Dienstglobehandlung ein Ueberfall verübt, als er das Kriminalgebäude verließ. Die Angreifer waren Kommunisten, die auf Aramudje mit Säcken einschlugen.

Ein Franzosenpöbel

wurde in Cannstatt in der Person des Hauswirts Heinz Schilling aus Müns verhaftet. Schilling hat, wie sich jetzt herausgestellt hat, im November 1928 mehrere Beamte und Arbeiter der Reichsvermögensämter Müns und Koblenz gegen Bezahlung bei den Franzosen wegen angeblicher Spionage denunziert, was zu ihrer Verhaftung führte. Auf seinen eigenen Wunsch wurde er damals von den Franzosen mitverhaftet, um den Verdacht der Denunziation von sich abzuwenden. Die Verhafteten mußten dann, da ihnen nichts zu beweisen war, nach etwa 7 Monaten Untersuchungshaft wieder entlassen werden und fanden darunter auch Schilling. Beschäftigung im unbesetzten Gebiet. Nachdem jetzt Schilling demselben Verfallsverfahren gestellt worden ist, wurde er jetzt in Cannstatt verhaftet.

Wieder ein Kassenbote überfallen

Ein neuer Raubfall ist in Berlin auf einen Kassenboten verübt worden. Der 62jährige Kassenbote Max Faustmann, der bei der Innustrontenkasse der Tischlerinnung angestellt ist, hatte heute vormittag in der Stadtbank 5000 M. abgehoben. Er trug das Geld in einer Aktentasche. Als er zu dem im ersten Stod des Hauses Michael-Kirchstraße 15 gelegenen Räume der Kassenkasse aufstieg, stand auf der Treppe mehrere junge Leute. Einer von ihnen stellte dem alten Mann ein Bein, so daß er zu Fall kam. Er wurde dann mit einem Gummistüffel und einem harten Gegenstand auf den Kopf geschlagen. Gleichzeitig versuchte man, ihm die Tasche mit dem Gelde zu entreißen. Faustmann schrie um Hilfe. Eine Frau kam hinzu, worauf die Räuber von ihrem Opfer abließen und die Treppe hinuntereilten.

D-Zug-Kofferdieb gefast

Dank der umsichtigen Arbeit der Reichsbahnpolizei des Direktionsbezirks Frankfurt gelang es dieser Tage, einen recht gefährlichen D-Zugdieb, der einschlägig bereits schwer vorbestraft ist, das Handwerk zu legen. Allein in den Tagen vom 30. Dezember bis zum 7. Januar wurden nicht weniger als fünf Fälle der Unterbrechung gemeldet, in denen Reisenden auf dem Bahnhof über während der Fahrt die Koffer aus dem D-Zug gestohlen worden waren, am 7. Januar mittags zwei weitere Fälle. Im Hand der von den kessenen Reisenden gemachten Angaben gelang es noch am selben Tage durch konstante Arbeit des D-Zuggehens der Bahnpolizei den Dieb zu fassen. In seiner in einer auswärtigen Stadt befindlichen Wohnnng wurde ein ganzes Warenlager von gestohlenen Wertgegenständen, Uhren, Silbergeschänken und andere Wertobjekte beschlagnahmt, weitere noch reichere Diebesbeute wurde anderweitig sichergestellt. Die gesamte Beute konnte mit Ausnahme zweier Kofferchen, die der Dieb auf der Strassenbahn im Stroh sich, wieder beigebracht werden. Insgesamt stellt die Beute einen Wert von über 10 000 M. dar.

Für rauhe Hände

KALODERMA

TUBE

35-60-85

GELEE

Allerdings möge man nicht gleich damit kommen, „die ältesten Leute können sich eines solch unruhigen milden Winters nicht erinnern“. Dies sind dann wirklich nur solche Veteranen des Lebens, deren Gedächtnis einen beachtenswerten Schwund aufweist. Denn zu allen Zeiten und gar nicht selten in diesen Jahreszeiten gab es ähnlich lau und lind verlaufene Winterperioden, wie die diesjährigen.

Auch alte Chroniken berichten zur Genüge von absonderlich milden Wintern: Da war es z. B. im Jahre 1087 so warm, daß man schon im Mai ernten konnte und im August Weinlese abhielt. Im Jahre 1772 war der Winter so warm, daß die Bäume sich mit Laub bedeckten, schon Ende Januar die Vögel nisteten und im Februar Junge hatten. 1204 herrschte sogar von Ende Januar bis in den Mai hinein eine ununterbrochene Trockenheit und eine Hitze häufig wie im Hochsommer. Die Früchte mürbten und Hungersnot und Elend waren die Folgen. Im Jahre 1298 war der Winter so warm, daß im Rheinlande die Mädchen zu Weihnachten Kränze von Primeln und Veilchen, ja sogar von Kornblumen trugen. Im Neuenburger See haben in dieser Zeit sogar Kinder gebadet! Im Jahre 1420 waren Winter und Frühling so gelinde, daß im März die Bäume verblüht hatten, und man im April schon reife Kirschpflaue. 1529 hatte gleichfalls einen ungewöhnlich warmen Winter; es war schon im März so heiß, wie sonst im Johann, jodah der Rossen in Aehren stand und man im April in Paris frische Mandeln verkaufte. 1572 schlugen im Januar die Bäume aus und brühten im Februar die Vögel, 1585 stand an Ostern das Korn in Aehren. 1622 war der Februar so warm, daß man selbst im Norden Deutschlands die Deden nicht beiste und im Februar alle Bäume blühten. Der Winter 1822 war in ganz Europa mild. In Rußland umfaßte er eigentlich wenig über einen Monat und selbst in Sibirien wurde er nur wenig empfunden. Selbst Norddeutschland wurde damals beständig von Warmluft überweht. In jüngerer Zeit waren folgende Winter bemerkenswert milde: 1862/63 und 61/62, dann die Winter von 1865/66 und 1866/67, ferner 1868/69, 1872/73, 1873/74 und 1876/77. Daran fügen sich die berühmten Frühlingwinter von 1881/82, 82/83, 83/84, ferner 91/92, 97/98, 98/99 und 1899/1900; zuletzt waren sehr milde die Winter 1901/02, 02/03, 1909/10, 1912/13, 1915/16, sowie die Mehrzahl der Winter des letzten Jahrzehnts mit Ausnahme des verflohenen des Jahres 1928/29.

Die Statistik zeigt unweifelhaft das gruppenweise Auftreten der merkwürdigen Witterungserscheinung; und auch die Tatsache ist nicht abzuleugnen, daß milden Wintern fast immer milde, regnerische Sommer folgen, was daraus zu erklären ist, daß die Wettercharakteristik wintere, wie jonnere zumeist verlobenhaft von den atlantischen Sturmwindeln bestimmt wird.

Obende Sturmgewalten

Aus allen Teilen des westlichen Teiles des europäischen Kontinents laufen seit Tagen Diablospoten über verberere Stürme, die bald die Luft, bald den Landstrich mit besonderer Bestialität heimsuchen. Während zunächst hauptsächlich die Seegebiete, so die britische Küste und die französische Küste schwer getroffen worden waren, haben die Sturmgewalten nunmehr auch auf die Küstengebiete des deutschen Reiches, auf die Nordsee, auch auf zahlreiche Landgebieten des mittleren und süßlichen Teiles des Reiches, auf Bayern und Ostereich übergriffen.

Die Ursache dieser schmerzlichen Stürme bildet die fortgesetzte heftige Weltkälte im atlantischen Ozean. Fast täglich bilden sich neue Depressionen westlich Island und im Bereiche des Golfstromes aus und feuern mit größter Geschwindigkeit ostwärts auf das Festland zu. Innerhalb dieser Sturmwindel ist das Barometer in der letzten Zeit mehrfach zu einer selten beobachteten Tiefe, einmal sogar unter 700 mm abgesunken. Zu gleicher Zeit heftete über dem Kontinent relativ hoher Luftdruck; in der Regel belief sich dieser in unseren süddeutschen Breiten auf 750 mm. Auf verhältnismäßig kurze Entfernungen hin sind somit sehr scharfe Luftdruckgegnisse vorhanden, die seit Wochen täglich mehr als 50 mm betragen. Diese letztere Tatsache bedingt in erster Linie das rasche Aufkommen schwerer Stürme.

Im Bereiche des härtesten Luftdruckgefälles wehen bekanntlich auch die Winde mit der größten Bestialität. So nach ihrer Stärke und Geschwindigkeit und ihrer Fortbewegungsart erlangen die Sturmwindel manchmal verberere Wirkung. Man mißt die Stärke des Sturmes dadurch, daß man die Geschwindigkeit des Windes in Metern in der Sekunde berechnet. Beim Vorüberzug der Sturmwindel in der Samstagnacht erreichte die Durchschnittsgeschwindigkeit des Sturmes 15—18 Sekundenneter; dies entspricht nicht so schlimm, wenn man bedenkt, daß unsere Schnellzüge bis zu 30 Metern entwideln; jedoch ist zu beachten, daß es sich hier um einen „Mittelwert“ handelt. Einzelne Windstöße erreichen an dem genannten Tage vielerorts 24, 28 und vereinzelte sogar 31 Sekundenneter, womit nach der jenen „h“, in meteorologischer Hinsicht „schwerer Sturm“ oder „ortanommenden Windstöße“ eine Windstärke von 9—10 Grad zu messen war, heftiger Sturm“. Die einzelnen heftigen und auch meisten gefährlichen Windstöße nennt man „böen“, die vielfach, wie auch schon dem vergangen Samstag plötzlich auftraten und zwar in Verberere elektrischer Entladungen und wolkensbruchartigen Wettererscheinungen. Die Böen sind etwa vergleichbar mit den Wetterzellen; denn auch die letzteren kommen in der Regel in

weschebnder Mächtigkeit an und rufen dementsprechende schwächere oder stärkere Brandung hervor.

Die Windwirkung ist häufig eine sehr verschieden geartete. Die getroffenen Gegenstände werden durch sie in Schwingungen versetzt und können, wenn die Stöße in den richtigen Zeiträumen wiederkehren, die Schwingungswetten mehr und mehr vergrößern, bis schließlich der Gegenstand, z. B. ein Schornstein, eine Kirchturmspitze, freistehende Baumkrone, selbst ein freistehender Eisenbahnwagen und ähnliche zum Umsturz gebracht wird. In unseren Breiten gehört es schon zu einer Seltenheit, wenn die Windstärke 30 Sekundenneter überschreitet. In trockenen Gebieten wurden bei Sandstürmen, in den Nordamerika bei den „Hissars“ benannten furchtbaren Schneestürmen oder den „Tornados“ Geschwindigkeit von 50—60 Sekundenneter gemessen. Deartige Stürme führen stets zu einer Katastrophe, da sie bei den erreichten Geschwindigkeit alles, was auf ihrer Zugbahn liegt, zu verberere zerstören pflegen. Die derzeitige an der Nordsee küste und an den Küstentändern Großbritanniens häufigen Sturmwindel bergen aber gleichfalls insofern schwere Gefahren in sich, als ihre einzelnen Böen das Meeresspinner in wuchigen Wogen aufpeitschen und auf diese Weise riesige Wellenmenschen an den Strandbereichen und in den Flussbetten hervorruhen, wodurch sich ausgebehnte Ueberflutungen von Landstreden entwideln. Hier wirken also die Sturmwindel im Verein mit den Meeresswellen zu einer besonderen elementaren Gewalt zusammen.

Absonderliches von milden Wintern

Die schneelose, ununterbrochene Witterung, die sich nun schon seit Wochen behauptet und infolge fortgesetzten Alpenhöfens namentlich in Süddeutschland geradezu frühlingshafte Stimmung in den Tälern und in der Niederung hervorruft, seitigt allmählich die ersten bemerkenswerten Absonderlichkeiten eines wirtlich „milden“ Winters.

Dieser Tage konnte man mehrfach Aelngärtner beobachten, die in ihren Schrebergärten Gras schnitten. Und dieses Gras war gar nicht einmal scheidt gewachsen und hätte ganz bestimmt ein behelbendes Grünfütter abgegehen. Vereinzelt aber sah man noch mehr „Wunder“ in diesem „Eismonat“: Da und dort Raupen, die sich zu jonnere verhalten, sogar Schnecken und Fliegen. Nun wird es sicherlich nicht mehr lange gehen und man wird staunen vernehmen, daß Haselnußtauben, Weidenkäferchen, Veilchen und Primeln zu blühen sich ansetzen, daß die Trübbüher allgemein ihre Frucht ansetzen werden und daß auch gar bald in geschützten Lagen der Bergströde die Mandelbäume ihre Knospen treiben werden.

Konzerte

Arbeitergesangverein „Eintracht“ Graben. Es ist höchst erfreulich, daß unsere Arbeitergesangvereine, wenn auch vorüberhand erlt...

baum“. Richard Schopp hat seine Sänger an prästiges Singen gewöhnt und vor allem erreichte er ein weiches ausdrucksvolles Piano...

sprach über die Bedeutung Schuberts und flocht aus dessen Leben einige besonders markante Daten mit in seinen Vortrag ein...

Sprechstunden der Redaktion jeden Tag von 11 bis 12 Uhr vormittags.

COLOSSEUM Heute abend 8 Uhr Abchieds-Vorstellung Kaver Terofal Ab morgen, den 16. ds., täglich 8 Uhr, Gastspiel von Glauer's Royal Midget's Theater Die kleinsten Menschen der Welt

Zwangs-Versteigerung Mittwoch, 15. Januar 1930. nach 2 Uhr werde ich in Karlsruhe im Wandlotal Herrensstraße 45 a. gegen bare Zahlung im Vollstreckungsbüro öffentlich versteigern...

Die 2. Woche unseres Inventur-Verkaufs bringt wieder außergewöhnliche Angebote aus allen Abteilungen! Einige Beispiele: Kleiderstoffe, Konfektion, Seidenstoffe, Waschkunstseide, Satin Liberty, Crepe marocaine, Backfisch-Mäntel, Flotte Mäntel, Einfarbige Mäntel, Ottoman-Mäntel, Tanzkleider, Wollene Kleider, Seidene Kleider, Mäntel u. Kleider, Waschsamt

Atlantik-Lichtspiele Kaiserstr. 5 (am „urischer Tor“) Telefon 5448 Nur noch wenige Tage das ausgezeichnete Schauspielprogramm Die Stunde der Entscheidung Norma Talmadge, Amerikas größte Tragödin in dem schönsten Film ihrer Laufbahn...

SCHAUBURG Marienstr. 16 Tel. 6284 Nur noch heute und morgen um 4, 7 und 9 Uhr Der Sensations-Erfolg stud. chem. Helene Willner Nach dem gleichnamigen Roman der Berliner Illustrierten von Vicky Baum...

Durlacher Anzeigen Viehseuchen-Entschädigung. Die Zahlungen über den Viehbestand in der Stadt Durlach einschließlich des Stadteils Aue vom 2. Dezember 1929 liegen vom 16. bis 22. Januar 1930 während den üblichen Dienststunden auf dem Rathaus, 3. Stod, Zimmer Nr. 8, zur Einsicht auf...

Herren-Zimmer 4 St. 390.- Möbelhaus M. Kahn 22 Waldstr. 22 Gelegenheits! Weg. Auswanderung 3 Luauelzüge, 20 Summen, 1 Fahrrad, 1 Nähmaschine, 1 Uhr bei demig, 10 a. 118

KNOPF An unsere sehr geehrten Mitglieder! Letzter Termin zur Ablieferung der Gegenmarkensammel- und Geschäftsanteil-Karten von 1929 Montag, 20. Januar 1930 Wir bitten dringend, diesen Termin einzuhalten. Lebensbedürfnisverein

Blumen-Kaffee DURLACH jeden Mittwoch, abends 8 Uhr Gesellschafts-Tanz

Gernsbacher Anzeigen Die Stadtgemeinde Gernsbach vergibt die Bewirtschaftung und den Betrieb der für Fremdenverkehrs-zwecke einzu richtenden Räumlichkeiten im 1. Stod des ehemaligen Clemm'schen Anwesens an einen geeigneten Bewerber...

VERLAGSDRUCKEREI VOLKSFREUND Drucksachen für den gesamten Geschäftsbedarf, für die Organisation und für Handel, Vereine und Private Ein gutes Buch? Gehe zur Buchhandlung des „Volksfreund“ in Karlsruhe in der Waldstraße - Sie hat Bücher für Dich und Deine Frau, Dein Mädel und Deine Buben + Du wirst dort beraten und findest das Richtige und Gewünschte

Sängerbund Vorwärts Durlach Samstag, 18. Januar in der Festhalle Großer Masken-Ball mit Prämierung! Näheres siehe Plakataushang

Großer Büroraum 40-45 qm, hell und hoch, für Schulzwecke, mit mögl. direktem Zugang, in zentraler Lage der Stadt, von Behörde der 1. 3. 1930 gesucht. Angebote unter Nr. 144 an das Vollstreckungsbüro erbeten.

Gegenauer Anzeigen Öffentliche Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen für die badische Gewerbesteuer 1929. Nach dem Gesetz vom 23. Mai 1929 über die weitere Hinsichtgebung der Bindung einzelner Länder und Gemeinden an die nach dem Reichsbewertungsgesetz festgesetzten Einheitswerte (RStG. I S. 109) besteht für das Land Baden sowie für seine Gemeinden und freie keine Verpflichtung, den Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1929 die nach dem Reichsbewertungsgesetz festgesetzten Einheitswerte zu Grunde zu legen...

Der Staatsvoranschlag 1930/31

Die Erklärung der Regierung - Treubekennnis zum Reich und zur Republik - Eine badische Sparkommission - Kampf der Arbeitslosigkeit - Der Staatsvoranschlag 1930/31 - Reichsfinanzreform erstes Erfordernis - Kritik am Verhalten des Reichs - Keuferste Sparfamkeit

h.w. Karlsruhe, 14. Januar 1930.

Präsident Dr. Baumbach eröffnet nach 1/4 Uhr die Sitzung. Eine große Menge Eingänge hat sich über die Reichsfinanzreform angesammelt, deren Besetzung geraume Zeit in Anspruch nimmt. Nach Beantwortung einiger kurzen Anfragen kommt der wichtigste Punkt der Tagesordnung zum Vorkurf:

Entgegennahme der Regierungserklärung - Vorlage des Staatsvoranschlags für die Jahre 1930 und 1931

Staatspräsident und Finanzminister Dr. Schmidt führt in nahezu zweistündiger Rede etwa aus:

Entsprechend dem Wahlausfall und mit Rücksicht auf die praktischen Erfahrungen seit 1918 wird die neu gebildete Regierung die seit elf Jahren verfolgte badische Politik der Stabilität in gerader Linie fortsetzen. Zu einer ruhigen, stetigen, aber aufwärtsstrebenden Fortentwicklung zwingt auch die große Not, in der sich Reich und Land, Staat und Volk, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Handel, Kunst und Wissenschaft, Arbeiter und Arbeitgeber und Arbeitnehmender befinden. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Politik ist für alle diese Bereiche in hohem Maße politisch-politisch, handelsrechtlich, rechtlich und dem Gesamtwohl förderlich war. Die Regierung führt sich auf eine feste Mehrheit des Landtags, die sie will und treu der Verfassung dem ganzen Volke dienen.

Treue zum Reich und Treue zur republikanischen Verfassung ist das erste und selbstverständliche, freudige Bekenntnis der neuen Regierung. Die Regierung wird die Verfassung in Geseßgebung und Verwaltung durchführen und sich für ihre Beachtung durch jedermann im Volke einsetzen, ebensowenig wie mit den Mitteln des Staates; die Regierung ist überzeugt, damit dem äußeren und inneren Frieden zu dienen.

Die badische Regierung ist der Auffassung, daß die Außenpolitik des Reichs Zwangsläufigkeiten

schafft und daß deswegen die Innenpolitik von der Außenpolitik weitgehend abhängig ist. Die badische Regierung wird die Reichsregierung bei Fortsetzung ihrer Politik der Verständigung und des Bezugs auf Rechtspflege unterstützen und wird auch einer solchen neuen internationalen Neuordnung zustimmen, welche dem beteiligten Lande, auch dem badischen, endlich baldige Befreiung von fremder Belastung bringt, ausländische Vermögensgegenstände in Deutschland befreit und dem deutschen Volk nicht bloß Souveränität, sondern auch weitestgehende finanzielle Entlastungen hinsichtlich der Reparationen gewährt wird. Die badische Regierung ist aber auch mit der Auffassung der Reichsregierung einverstanden, daß finanzielle Entlastungen — soweit nur irgendwo möglich und zugleich inwieweit als nur möglich — nicht bloß zur Tilgung der Schulden, sondern auch zur Senkung der drückendsten Steuern verwendet werden müssen.

Die badische Regierung wird den von dem Reichsrat der Länderkonferenz und von deren Berichterstatter empfohlenen Standpunkt mit Nachdruck vertreten, daß Baden zu den Ländern aller Art mit Eigenstaatlichkeit gehören muß.

Die Not in Baden beruht vorwiegend darauf, daß unser Land Grenzland geworden ist. Nicht alle Stellen in Berlin und im sonstigen Deutschland hatten genügende Kenntnis von den schädlichen Wirkungen dieser Tatsache. Deswegen war die vierjährige, anstrengende Reise des Reichsrats nach Baden wertvoll und für das Verständnis bisheriger Verhältnisse förderlich. Wir hoffen, daß das Reichsgrenzlandprogramm dem Rechnung tragen wird.

Die Prüfung der Frage, ob eine Verwaltungsreform im großen Stil in Baden eintreten soll oder kann, steht vor uns, daß zunächst die Reichsregierung selbst über diese Frage der Länder- und Verwaltungsreform grundsätzlich zu einem Ergebnis gelangt ist. Nachdem die Vorarbeiten einzelner Ministerien gesiegt hatte, daß wir bei einem Vergleich mit Württemberg im allgemeinen wertvolles Material erhalten, hat das Staatsministerium beschlossen, eine unabhängige Kommission von badischen Sachverständigen (in Anlehnung an das Wort Sparkommission, „Spartakommission“) zu ernennen. Die Staatsregierung glaubt, auf diesem Wege am raschesten zu einem Ergebnis zu kommen.

Staat und Kirche
Der Staat in Baden Friede, und dieser Friede schafft Autorität und reichert den Staat und der Kirche die Erfüllung der heiligteligen Aufgaben. Auch die Frage des Abschlusses einer vertrauensvollen Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften in Baden rückt allgemach in den Bereich näherer Ermägenen. Voraussetzungen sind dem Landtag in der laufenden Subperiode hierüber ein Gesetzentwurf gegeben. Dieser wird im Sinne einer Erhaltung der guten Beziehungen des Staates zu den Religionsgemeinschaften gehalten sein.

Vinierung der Not
In erster Reihe ist es die Aufgabe der Reichsregierung, durch Außenpolitik, Handelsvertragspolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Kulturpolitik diejenige Voraussetzungen zu schaffen, die erfüllt sein müssen, um die Notlage zu beheben oder zu mildern. Dann aber kommt hier die Selbsthilfe der Gemeinschaften in Betracht, welche zu diesem Zweck einseitlich und kraft zusammengefaßter, gut geleiteter und auf dem Boden der Selbstverwaltung organisiert sein müssen.

Über auch der badische Staat hat zur

schulen — hauptsächlich durch die Regelung des Bauwesens Förderung anzubieten lassen. Zugunsten der Landwirtschaft hat der badische Staat z. B. nach den Rechnungsergebnissen von 1927 aus eigenen Mitteln — also ohne Reichszuschüsse — ohne die Darlehen — rund 5 Millionen Reichsmark ausgeben. Für Gewerbe, Industrie und Handel hat der badische Staat 1927 nach Abzug der ihm zuzurechnenden Ertragsbeträge zusammen 4,1 Millionen Reichsmark ausgeben. Dazu können gerechnet werden 3,7 Millionen Reichsmark herausgegeben. Die Gewerbesteuer (Wert und Ertrag) hat 1927 ein Fünftel von 14,12 Millionen Reichsmark ertragen — allerdings ohne die auch dem Gewerbe sonst zu zahlenden Steuern, z. B. die Grundsteuer. Es ist also unrichtig, immer nur davon zu reden, daß die Steuern der Staat von der Wirtschaft erhebt; man muß auch beachten, daß der Staat nicht bloß geschäftlich für alle Volkswirtschaft Ausgaben leistet, sondern daß er auch für die einzelnen Stände ganz besondere Aufwendungen macht, welche sonst von der Wirtschaft selbst aufgebracht werden müßten.

Justizverwaltung
wird auch künftig an der Gehaltung des Reichsjustizrechts veranwortungsbewußt Anteil nehmen. Rechtsicherheit und Güte der Rechtspflege zu erhalten, muß bei allen Maßnahmen oberstes Gebot sein. An sachverständigen Aufgaben auf dem Gebiete des Reichsjustizrechts steht der Entwurf eines Gesetzes über die Vereinigung der Grundbücher im Vordergrund des Interesses. Das Gesetz soll die durch die Durchführung des Aufwertsungsgesetzes entstandene Unübersichtlichkeit der Grundbücher, namentlich bezüglich des Ranges der Rechte, beseitigen; eine auf Anregung Badens vorgenommene Sonderbestimmung würde ermöglichen, in den badischen Grundbüchern rund 68 000 badische Vorzugs- und Interzessionsrechte, die einen Betrag von etwa 86 Millionen Reichsmark darstellen, aber längst gegenstandslos geworden sind, zur Löschung zu bringen.

Auf dem Gebiete des Reichsstrafrechts wird die Justizverwaltung weiterhin tatkräftig mitarbeiten haben in dem Entwurf eines Einführungsgesetzes zum allgemeinen deutschen Strafgesetzbuch und zum Strafvollzugsgesetz. Auf dem Gebiete der **Landwirtschaft** werden Gelebenswürfe über den landwirtschaftlichen Fachunterricht und über die Bekämpfung der Viehseuchen vorbereitet, während dem Landtag bereits Denkschriften über die landwirtschaftlichen Bodenbesitzverhältnisse in Baden und über die Vergrößerung der badischen Landwirtschaft unterbreitet worden sind. Mit Freude hat die Regierung die auf den Zusammenschluß der beiden großen landwirtschaftlichen Organisationen gerichteten Bestrebungen begrüßt und ist bereit, ihnen durch Übernahme einer Staatsbürgerschaft zu einem abschließenden Abschluß zu verhelfen. Die Regierung ist sich der schwierigen Lage, in der sich die Landwirtschaft unseres Landes befindet, voll bewußt und ist bereit, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Notlage zu mildern und ihr abzuhelfen.

Die Lage von Industrie, Handel und Gewerbe hat sich, wenn auch die Verhältnisse nicht in allen Zweigen gleich gelagert sind, in den letzten Jahren teilweise verschlechtert. Das Nachlassen der inneren Kaufkraft konnte in dem langsam wieder steigenden Absatz deutscher Waren im Ausland noch keinen genügenden Ausgleich finden. Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Waren auf dem Weltmarkt wird durch die Höhe der Gestehungskosten, die durch eine Reihe von Umständen bedingt wird, ungünstig beeinflusst. Innerhalb der allgemeinen Verschlechterung des Weltmarktes leidet unter anderem Seimattland ganz besonders, was sich ohne weiteres daraus ergibt, daß seine Grenzen im Süden und Westen in einer Ausdehnung von nicht weniger als 444 Kilometer mit der Reichsgrenze zusammenfallen.

Die Förderung des Wohnungsbaus
durch öffentliche Baulandbesitz ist auch in den letzten Jahren fortgesetzt und möglichst gesteigert worden. Der Staat hat zu diesem Zweck einen großen Teil der Gebäudebesitzersteuer und namentlich Anleihenmittel verwendet, obwohl die Geldverhältnisse recht unglücklich waren. Es konnte infolgedessen eine weitestgehende Anzahl von Wohnungen erstellt und die Wohnungsnote in höherer Weise gemildert werden. Trotz dieser Anstrengungen besteht aber immer noch Mangel an mittleren und besonders an kleineren Wohnungen zu einem für die Beteiligten erdynamischen Mietpreis. Es wäre volkswirtschaftlich verfehlt, wenn die öffentliche Hand die Erstellung von Wohnungen fördert, diese aber wegen unzureichender Höhe der Miete leer stehen würden. Ob eine weitere Förderung der Wohnungswirtschaft möglich sein wird, hängt von dem Umfang der Bautätigkeit und der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Auf alle Fälle wird auch hierbei auf einen angemessenen Schutz der wirtschaftlich Schwachen zu achten sein.

Arbeitslosigkeit
Einige kleinere, durch die im Herbst 1929 bevorstehenden Kommunalwahlen erledigt worden, sind im Verlaufe des Jahres rechtzeitig ausgeben. Des weiteren macht die wirtschaftliche Entwicklung die Überprüfung einiger Bestimmungen des noch in der Inkraftsetzung ergrangenen Sparfahrgesetzes notwendig. Die Regierung wird der Tätigkeit des Arbeitsbüros wie bisher ihre volle Aufmerksamkeit schenken und für eine möglichst baldige Berücksichtigung des Arbeitsbüros eintreten. Bedauerlicherweise hat sich in den letzten Monaten die

infolge beträchtlicher Verschlechterung der Wirtschaftslage auch in Baden erheblich vermehrt. Die Regierung wird sich bemühen, Arbeitslosenarbeiten zu schaffen, entweder dadurch, daß das Land selbst im Rahmen der ihm gegebenen finanziellen Möglichkeiten entsprechende Arbeiten ausführt, oder dadurch, daß die Regierung bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts Anträge in dem gleichen Sinne abt, gegebenenfalls unter Förderung aus Reichs- und Landesmitteln der wirtschaftlichen Arbeitslosenfürsorge. Bei diesem Anlaß glaubt die Regierung hervorheben zu sollen, daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen hinsichtlich der Förderung der wirtschaftlichen Arbeitslosenfürsorge bis jetzt, soweit ihr hierzu Mittel zu Gebote standen, auch für das Land Baden getreulich und mit warmem Interesse nachgeholfen ist. Wie bisher, wird die Regierung sich die Förderung der Arbeitslosenfürsorge im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten angelegen sein lassen. Die neue seitliche Ausbildung der landlichen Sicherheitsorgane (Polizei und Gendarmerie) wird sich die Regierung wie bisher besonders angelegen sein lassen.

Der Ausbau der Volksschule
unseres Landes zu höherer Leistungsfähigkeit ist schon um deswillen notwendig, weil eine starke Abwanderung aus der Volksschule in die höheren Schulen erfolgt, dies ist auf die Einstellung der Bevölkerung zurückzuführen, daß der Eintritt in höhere Lebensberufe nur durch den Besuch einer höheren Schule möglich ist. Die abgeschlossene Volksschulbildung muß auf hohem Stand gehalten werden. Dadurch werden für die Volkswirtschaft die Voraussetzungen geschaffen, die ihr eine Gesundung bringen sollen. Den Forderungen der Zeit entsprechend, ist der Ausbau der allgemeinen Fortbildungsschule zur Berufsschule anzustreben. Aus diesem Grunde muß die Ausbildung der Lehrer in dieser Richtung weiter entwickelt werden. Bei der Ausbildung der Gewerbe- und Handelslehrer wird auch Rücksicht darauf genommen, daß die Verbindung mit der Praxis gefördert wird. Die Ziele dienen auch der Wertunterricht und des Lebenskultors. Zur vertieften Einführung in die Erfordernisse des praktischen Lehrberufs wurde der Vorbereitungsdienst der Lehramtsbewerber und der Lehramtsreferendare neu geregelt. Auch der staatsbürgerlichen und republikanischen Erziehung aller Lehrer muß große Aufmerksamkeit angewendet werden. Dem hohen Sinne der Jugendberichterstattung kann sich nur widmen, wer sich zum Staate positiv einstellt. Die Erziehung der Jugend im republikanischen Geiste und im Sinne der Verfassung von Reich und Land ist die Forderung der Regierung an die Lehrerschaft in allen Schulstufen.

Der Zugang zu den höheren Schulen am Ostern 1930 ist so stark, daß die Einrichtung von etwa 60 neuen Klassen notwendig wird. Die dadurch entstehenden höheren finanziellen Lasten sucht die Unterrichtsverwaltung unter anderem dadurch herabzudrücken, daß sie die Deputaterteilung entsprechend regelt. Eine Vermehrung der Zahl der Professoren soll möglichst vermieden werden. Im übrigen aber sei ausdrücklich hervorgehoben, daß keine Maßnahmen des Wortes geredet wird, die geeignet sind, den Hochstand des höheren Schulwesens und die Leistungsfähigkeit des Lehrkörpers herabzudrücken.

Ganz besondere Sorgen macht der Regierung das **Hochschulwesen** des Landes. Diese Sorgen liegen auf dem Gebiet der Finanzierung der Hochschulen. Für die Unterhaltung der Universität Heidelberg mußte schon die finanzielle Unterstützung des Reiches nachgehakt werden. Der Bau der Klinikanlagen in Freiburg kann nicht reiflos fortgeführt werden, es ist auch nicht möglich, die dringend nötigen Neubauten der Heidelberger Kliniken in dieser Budgetperiode in Angriff zu nehmen. Unter der Ungunst der wirtschaftlichen Lage und der finanziellen Not der freien Künste, Größere Staatsmittel zur Verringerung dieser Not wären wohl am Platze. Dies gilt auch für die Pflege der Künste im allgemeinen. Im Bereich des Finanzministeriums wird eine Veränderung des Feldberühmungskonzepts vorbereitet. Entsprechend dem Beschluß des badischen Landtags vom 13. Juli 1928 hat die Regierung den Entwurf eines Gesetzes über die Veränderung des Straßengesetzes vorbereitet. Damit steht im Zusammenhang die Prüfung der Frage einer Veränderung des Pfandgesetzes.

Eine Berücksichtigung des Dungsplans wird auch eine Stellungnahme Badens zu dem umzusetzen. **Reichsbahnwesen** erforderlich machen. Baden steht auf dem Standpunkt, daß im neuen Reichsbahngesetz der Einfluß des Reichs auf die Reichsbahn zu verstärken ist, namentlich auch auf dem Gebiete der Tarifgestaltung. Die badische Regierung wird ferner alles daran setzen, um möglichst mit der Berücksichtigung des künftigen Reichsbahngesetzes die noch schwebenden Fragen der Eisenbahnabfindung und des Personalplans in einer für Baden befriedigenden Weise geregelt zu sehen. Unsere Anstrengung wird auch dahin gehen, daß in diesem Zusammenhang endlich die Frage des Abschließens von Betriebsverträgen für die zurückgebliebenen Eisenbahnen geregelt wird. Leider hat auch dieses Jahr die Reichsregierung auf die Frage, ob sie auf die Verjährungsperiode gegen unseren Anspruch auf den 1929er Jahreszins für die Eisenbahnabfindung in Höhe von rund 12 Millionen Reichsmark verzichte, keine rechtzeitige Antwort gegeben. Um der Gefahr der Verjährung vorzubeugen, mußte das Staatsministerium in den letzten Tagen des Dezember 1929 auch den Zins für 1929 vor dem Staatsgerichtshof einbringen.

In Artikel 129 Absatz 3 der Reichsverfassung ist bestimmt, daß dem Beamten gegen jedes dienstliche Strafverfahren ein Beschwerdewege und die Möglichkeit eines Wiedernahmeverfahrens eröffnet sein muß. Dieser Vorschrift genügt das badische Beamtenrecht bis jetzt nicht. Es ist beabsichtigt, dem Landtag eine **Veränderung der Bestimmungen des Beamtengesetzes über die Dienstpolizei vorzuschlagen**, die der Vorschrift des Artikels 129 Absatz 3 der Reichsverfassung Rechnung trägt. Gleichseitig wird auch eine Ergänzung des Beamtengesetzes nach der Richtung hin vorgeschlagen werden, daß die Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes über das Verhältnis und die Pflichten der Beamten gegenüber der Republik übernommen werden.

Zu geben nun zum

Staatsvoranschlag 1930/31
über. Es ist notwendig, daß die Bearbeitung des Staatsvoranschlags im Landtag möglichst bald in Angriff genommen werden kann, und daß die Regierung dem Landtag dabei möglichst rasch einen Entwurf vorlegt. Nun ist es zur Zeit aber nicht möglich, den gesamten Staatsvoranschlag vorzulegen, sondern nur einzelne Abteilungen und für einzelne Ministerien. Ich habe Ihnen den Staatsvoranschlag des Landtags, des Staatsministeriums, Justizministeriums sowie des Rechnungshofs unterbreitet; der Voranschlag des Innenministeriums wird in den nächsten Tagen, der des Finanzministeriums dann alsbald nachfolgen. Zuletzt kommt der Voranschlag des Finanzministeriums und das Finanzgesetz. Die Urgründe für dieses getrennte Verfahren sind folgende: Ein endgültiges Finanzgesetz kann nicht vor Beendigung der Reichsfinanzreform vorgelegt werden; denn die

Reichsfinanzreform, so wie sie geplant ist, erfüllt die gesamten Grundgedanken der Ländererinnahmen. Nicht nur sind die Quellen und die Höhe der Reichssteuerüberweisungen unsicher, es läßt sich auch die Auswirkung der Reichsfinanzreform auf den Ertrag und die Gestaltung der Landessteuern nicht übersehen.

Wenn ich nun nach Bescheiden mit dem Vorkommensauschuß nur den Staatsvoranschlag der einzelnen Ministerien vorlege, so können alle Beratungen und Beschlußfassungen nur mit dem Vorbehalt erfolgen, daß bei Vorlage des endgültigen Finanzgesetzes nicht einzelne Posten der schon beratenen Voranschläge einer Veränderung bedürfen.

Trotz der grundsätzlichen Bedenken gegen dieses getrennte Vorgehen bittet die Regierung in Abereinstimmung mit der

Donnerstag Freitag Samstag Die letzten 3 Tage Inventur- Ausverkauf! Stoffe jeder Art Wintert-Mäntel im Preis nochmals herabgesetzt Damen-Kleider mit 33 1/3 Rabatt W. Boländer

Mehrheit des Revisionsausschusses in die Beratung der einzelnen Uteilungen alsbald einzutreten und die Arbeit zu fördern. Die Beratung und Beschlussfassung ist möglich, da ich im nachstehenden die Grundlagen und die Grenzen bekannt gebe, von denen der neue Etat abhängt ist.

III. Das Staatsvermögen.

Bei der gesamten Finanzlage halte ich es für nötig, zunächst eine Übersicht über das Vermögen und die Schulden des Staates zu geben. Zwar ist das Vermögen teilweise schon durch den Bericht des Landständischen Ausschusses in der Landtagssitzung vom 21. November 1929 erörtert worden; aber ich halte es doch für notwendig, hier nochmals mehr zusammenfassend, eine kurze Darstellung zu geben und hauptsächlich auf die Vermögenswerte hinzuweisen, welche der badische Staat seit 1919 und gerade durch die Schuldenaufnahme erworben hat. Ich meine folgende Posten:

Table with 2 columns: Description of assets and their value in Reichsmark. Includes items like Amortisationsfonds, Vermögen der ehemaligen Beamten, Darlehen, and various bonds.

Zusammen: 263 807 757 M. Dozu kommen Berechtigungen und Rechte im Wertanschlag von über 4,5 Millionen Reichsmark. Der Kapitalgrundstock beträgt rund 800 000 M.

IV. Schulden.

Der Landtag hat die Regierung durch zahlreiche Gesetze seit 1919 ermächtigt, Kredite aufzunehmen in Höhe von rund 140 000 000 M. Diese Ermächtigung ist aber nicht voll ausgenutzt worden; die Anleihen des badischen Landes betragen vielmehr nach dem Stand vom 31. März 1929 71 889 000 M. Rennwert.

- 1. Die langfristigen Schulden sind zunächst gemacht worden für werbendes Vermögen und bilden insofern eine rentierende, vielfach auf rentierende Anlage; die Verwendung nach dem Barwert beträgt nach dem Stand vom 31. März 1929: für Kaffi 12 872 000 M., für elektrische Werke 8 827 000 M., für Beamtenwohnungen 983 000 M.

a) Der Befolungsanwand. Eine Erhöhung der Befolung war nötig; der Landtag hat sie deshalb mit überwiegender Mehrheit angenommen. Der Mehraufwand seit 1. Oktober 1927 beträgt jährlich rund 18 Millionen Mark. Im Rechnungsjahr 1928 sind aber aus dem Lande verbliebenen Reichsteuermehrerweisungen nur rund 7 Millionen Mark gedeckt. 11 Millionen Mark belaufen also die sonstigen Mittel. Im laufenden Jahr wird die Deckung des Mehraufwands von 18 Millionen Mark infolge Rückgang der Reichsteuereinnahmen kaum noch 3 Millionen Mark betragen, insofern belaufen 15 Millionen Mark die sonstigen Landesmittel. Vier Klafft der große Gegenstand im Verhalten des Reichs; auf der einen Seite nutzt es den Ländern große Neuergaben (Befolungsmehrer, Härteausgleich, Rechtsnormalisierung) in Anrechnung — allein vom April bis September 1929 schon 180 000 Mark Mehraufwand, Volksabgaben usw. — und stellt eine Senkung der Landessteuern in den Vordergrund auf der anderen Seite aber verlast es den Ländern, entgegen dem in § 54 des Finanzausgleichsgesetzes ausgesprochenen Grundsatze, nicht nur die Deckungsmittel für die neuen von ihm verursachten Ausgaben, sondern es lässt auch die bereits ausgeworfenen Beträge an Ueberweisungsteuern zu seinen Gunsten.

Leider wächst der Mehraufwand für die Beamten in dem kommenden Haushaltszeitraum nochmals jährlich um 2 Millionen Mark, so daß im kommenden Haushaltszeitraum der Befolungsanwand seit 1918 rund 20 Millionen Mark ausmacht. Mittel, um die Befolung des Landes aus dem badischen Befolungsanwand zu verringern, sind folgende: 1. Man wird bei der Finanzreform die Reichsregierung an ihr Verhalten bei Erlass des neuen Befolungsgesetzes mit Nachdruck erinnern müssen. 2. Man wird den § 47 des Befolungsgesetzes, nach welchem jede dritte erlebte Planstelle nach Möglichkeit nicht wieder besetzt werden soll, durchzuführen müssen. Nach der Vorlage an den Landtag über den Stand der Anwendung des § 47 des Befolungsgesetzes auf 31. März 1929 beträgt die Ersparnis im Beharrungsaufwand jährlich 522 348 M. b) Die schwebende Schuld beruht ferner auf den Fehlbeträgen des Staatsvermögens. Im Rechnungsjahr 1929 wird der Abschluß voraussichtlich ungünstiger als 1928. c) Eine weitere Ursache für die Fehlbeträge der Jahre 1928 und 1929 ist, daß der Ertrag der Grundsteuer um jährlich 2 Millionen Mark, also im ganzen um 4 Millionen Mark hinter dem Soll zurückgeblieben ist. d) Das Fehlen eines flüssigen Betriebsfonds wirkt sich um so nachteiliger aus, als die schwebende Schuld einen erheblichen Zinsausfall erfordert. Bei 8 Prozent beträgt die Zinsenlast aus der schwebenden Schuld 2 720 000 M. im Jahr. In der Vorjahrszeit war immer ein flüssiger Betriebsfonds vorhanden; heute fehlt er. Das Vorhandensein eines genügenden Betriebsfonds bewahrt die Staatskasse nicht nur vor erheblichen Ausgaben für tote Zinsen, es gewährleistet auch die stetige Zahlungsfähigkeit der Kasse ohne fremde Hilfe. e) Auch die Landstrassenunterhaltung hat die schwebende Schuld vermehrt, weil Anleihen nicht zu erreichen waren. Ich beschäufte, künftig die Strassenunterhaltung nicht mehr auf Anleihen zu übernehmen.

Die schwierige Kassenlage ist in Baden etwa seit Mai 1929 entstanden, und zwar vorwiegend vom Reich her verursacht. Im Rechnungsjahr 1928 war es noch gelungen, den voranschlagsmäßigen Fehlbetrag dieses Jahres von etwa 12 Millionen Mark fast ganz zu vermeiden; ein Nachtrag zum Budget war nicht nötig geworden; die Reichsteuereinnahmen und das Aufkommen der badischen Grund- und Gewerbesteuer überstiegen 1928 die Voranschlagsgröße; offenbar wurden Steuerrückstände aus früheren Jahren in härterer Weise abgezahlt. Da trat etwa im Mai 1929 die Wendung ein: Das Gesamtaufkommen der Ueberweisungsteuern ging zurück; das Reich kürzte die Ueberweisung zudem durch Gesetz, der Verteilungsschlüssel setzte sich zu Ungunsten von Baden; die badische Gebäudesteuer wird 1929 nur noch 65 Prozent des Soll (statt 80 Prozent) ertragen, auch die badischen Realsteuern gingen im Vergleich zu 1928 zurück; Anleihen — insbesondere für Straßen — waren nicht zu haben. Die Befolung wirkte sich immer mehr aus. Trotzdem ist es bis jetzt gelungen, alle Fälligkeitstermine einzusahlen und zu wahren. Bei geordneter Haushaltsführung wird es auch im neuen Haushaltszeitraum möglich sein, über die Abten der Zeit hinwegzukommen. Vorausgesetzt ist dabei eine völlige Ausgeglichenheit zwischen Einnahmen und Ausgaben im neuen Haushaltsplan und eine Regelung der Reichsteuereinnahmen, welche den unbedingten Lebensbedürfnissen des Landes Rechnung trägt und vor allem endlich den Mehraufwand aus der Befolungsneuregelung erlegt, der dem Land durch das Vorziehen des Reichs erwachsen ist. Nicht erträglich wären auch weitere Verzögerungen kürzere oder längere Zeit vorzuenthalten.

Auch beim neuen Budget bekennt sich die Regierung zu dem Grundsatze, daß die Ausgaben sich nach den Einnahmen zu richten haben — nicht umgekehrt —, und daß ferner für jede Ausgabe die Deckung im Voraus gesichert sein muß. Bei den Gebäuden konnte im wesentlichen nur das zur Erhaltung unter Dach und Fach Nötige bewilligt werden. Im außerordentlichen Haushalt sind nur solche Ausgaben vorzulegen, die ohne großen Schaden nicht zurückgestellt werden können oder die der Erfüllung einer rechtlichen oder sittlichen Verpflichtung dienen. Auch im persönlichen Aufwand sind weitgehende Einschränkungen vorzulegen. Stellenvermehrungen und Stellenverbesserungen sind grundsätzlich auf absolute oder wirtschaftliche Notwendigkeiten beschränkt. Am Gesamtaufwand ist nach einer vorläufigen und bis zum Abschluß des Staatshaushaltsplans noch unvoränderlichen Zusammenstellung, wenn man die durchlaufenden Kosten mitrechnet, der veranschlagte Aufwand für die staatlich ernannten Beamten mit etwa rund 46,5 v. H., der sonstige Aufwand mit 53,5 v. H. beteiligt. Nicht man jedoch die durchlaufenden Kosten ab, so beträgt der persönliche Aufwand rund 61,5 v. H., der sonstige 38,5 v. H. Nach meiner Budgetrede vom 25. Januar 1928 waren die entsprechenden Befolungszahlen des laufenden Budgets 45,8 bzw. 54,2 v. H. Das Staatsministerium ist überzeugt, daß die Ausgaben nunmehr soweit eingeschränkt worden sind, als es sachlich noch gerechtfertigt werden kann, und daß eine derartige Einschränkung in einem künftigen Budget ohne erhebliche Schädigung wichtiger Belange des Landes nicht mehr angängig; sie läßt sich nur als Notmaßnahme in der letzten besonders schweren Zeitlage rechtfertigen. Die vorläufige Zusammenstellung der ersten Haushaltsentwürfe hatte eine

Unzulänglichkeit von rund 62 Millionen Mark gebracht. Auch nach Durchführung der Kürzungen in der vorhin erläuterten Weise verbleibt noch eine Unzulänglichkeit von über 40 Millionen Mark für beide Jahre. Dazu kommt noch ein für die Tilgung von schwebenden Schulden vorzulegender Betrag. Im einzelnen wird der Staatsvoranschlag folgende größere Ausgabenposten enthalten: Für die Kürzungen und als Zuschüsse für die Kreisverbände die gleichen Beträge wie im Budget 1928/29. Es sind ferner vorzulegen: Für die 3 Kreisverbände der Betrag von 2.250 000 M. = 600 000 M. Für die Kreisverbände 2 x 700 000 M. = 1 400 000 M. Auf Grund des Landtagsbeschlusses vom 8. Mai 1929 sind an Leistungen für die zusätzliche Altersversorgung der Arbeiter und 280 000 M. und für die Zusatzversorgung der Angestellten und 210 000 M. unter den einzelnen Vermögenswerten angefordert. Was nun die Deckung des Fehlbetrags angeht, so kann in diesem Stadium nur das Verhältnis des Landes zum Reich erörtert werden. Die Finanzen des Reichs müssen saniert werden; das ist aber nicht denkbar und auch nicht möglich, ohne daß das Reich gleichzeitig auch die Sanierung der Finanzen der Länder und Gemeinden denkt. Eine Sanierung bloß der Reichsfinanzen ist nur ein Stückerl. Eine Sanierung der Reichsfinanzen, welche wie bisher oder wie

bei der Befolungsordnung einfach über die Länder und Gemeinden hinweggeht und die einem ungewissen Schicksal überläßt, ist eine Ungerechtfertigung, gegen welche wir mit Nachdruck Stellung nehmen müssen. Sie entspricht aber auch nicht den gegenseitigen Beziehungen von Reich und Ländern, wie sie durch die neue Reichsverfassung geschaffen sind. Nach den Erklärungen der Reichsregierung stehen wir unmittelbar vor einschneidenden Reichssteuerreformen. Eine entsprechende Gesetzesvorlage ist dem Reichstag noch nicht vorgelegt. Auf alle Fälle ist dringend zu wünschen, daß die Reichsregierung dieses Mal in einer solchen Frage, die den Lebensnerv der Länder berührt, vor der Fertigstellung der Gesetzesvorlage mit den Ländern rechtzeitig in Verbindung tritt. Die wünschenswerte Erleichterung der Steuerlast für die Wirklichkeit darf nicht einseitig zu Lasten der Länder oder Gemeinden erstrebt werden, die sich ohnehin in einer nicht geringeren finanziellen Verlegenheit wie das Reich selbst befinden.

Ein System, welches Dotationen des Reichs an die Länder immer weiter ausbauen wollte, ein solches Dotationssystem wäre abzulehnen. Die Länder wollen und müssen vielmehr eigene Steuern haben. Ebenso bestehen gegen die Senkung der Länderanteile an der Einkommensteuer von 75 Prozent auf 60 Prozent und an der Umsatzsteuer von 30 auf 25 Prozent die stärksten Bedenken. Das Reich vertritt immer mehr und mehr die Einkommensteuer, abstrahieren, sich selbst diese gute Steuer zu sichern und die Länder immer mehr und mehr auf Verbrauchssteuern (Zer und Spiritus) zu verweisen. Die Ausgaben der Länder zeigen aber notwendig steigende Tendenz. Der Anspruch des Landes Baden auf die Eisenbahnbetriebskosten beruht auf einem feierlichen Staatsvertrage zwischen dem Deutschen Reich und den Eisenbahnländern. Wenn das Reich einen solchen feierlichen Staatsvertrag durch ein „Gesetz“ regeln will, so ist dazu zu erinnern, daß Staatsverträge nicht durch einseitiges Gesetz aufgehoben werden können.

Sie werden, sehr verehrte Damen und Herren, es billigen, daß die Regierung zur Deckung des Defizits unersetzlich Staatsanleihe, bevor sie badische Maßnahmen vorschlagen kann, zunächst die Verhandlungen mit dem Reich wegen der Eisenbahnbetriebskosten, wegen eines gerechteren Verteilungsschlüssels (Einkommensteuern) statt oder neben Aufkommenszuschüssen) bei der bevorstehenden Reichsfinanzreform in Angriff nimmt. So kann ich meine Ausführungen zur Finanzlage des Landes in folgenden Sätzen zusammenfassen: Eine Deckung der Ausgaben durch die Einnahmen war nicht in vollem Umfange möglich. Während den Ausgaben eine steigende Tendenz innewohnt, sind die Einnahmen seit dem letzten Rechnungsjahr zurückgegangen. Das Land hat eine schwebende Schuld, die aus unvermeidlichen Unternehmungen, für die die vorzulegenden Anleihen nicht beschafft werden konnten, teils für laufende Ausgaben mangels ausreichender Einnahmen, die Sorge der gemeinsamen Arbeit von Regierung und Landtag wird es sein, durch Spar- und sonstige geeignete Maßnahmen die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen und die schwebende Schuld zu heilen. Wie ich schon im Laufe meiner Ausführungen geäußert habe, ist aber zum nicht geringen Teil die Gestalt der Einnahmen und Ausgaben des Landes durch die Gesetzgebung des Reichs und durch die Verkettung der Finanzwirtschaft von Reich und Ländern bedingt. Es können deshalb die Bemühungen des Landes zur Ordnung seiner Finanzen nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn, was ich wohl als allgemeine Ansicht bei der Regierung der Länder voraussetzen darf, die bevorstehende Finanzreform den Belangen von Reich und Ländern und Gemeinden gerecht wird. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, das Vertrauen in unsere Staatsinstitutionen und in unsere finanziellen Verhältnisse wieder zu festigen. Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Ausdrücke über die Rede des Staatspräsidenten auf eine der nächsten Sitzungen des Landtags, voraussichtlich am Donnerstag vormittag, Es wird in der Tagesordnung weitergeführt. Verschiedene Punkte werden zur Beratung des Voranschlags zurückgestellt. Es kommt zum Aufruf!

Mündlicher Bericht des Geschäftsausschusses über den Antrag des Justizministers zur Strafverfolgung des Abg. Wagner

Berichterstatter ist Abg. Dr. Kaufmann. Der Redner schildert eingehend den Verlauf der bekannten Vorgänge im „Darmstädter Hof“ in Karlsruhe. Der Bericht ergibt, daß der Abg. Wagner bei den ganzen beschämenden Vorkommen die führende Rolle gespielt hat. Der Ausschuss beantragt, die Strafverfolgung anzunehmen. Einen weiteren Bericht wegen einer Anleihe gegen Major a. D. Fröhlich wegen Falschbildung des Landtags erstattet Abg. Seubert. Der Ausschuss beantragt, die Strafverfolgung anzunehmen. Fröhlich hat sich gegenüber dem Landtag und den Ministern in unzulässiger Weise geäußert. Auch hier beantragt der Ausschuss die Strafverfolgung anzunehmen. Im weiteren erstattet Abg. Krüts Bericht über die

Denkschrift des Innenministeriums betr. die Ausschreitungen bei den Vorbereitungen zur Landtagswahl

Der Ausschuss beantragt, von der Denkschrift des Ministers des Innern Kenntnis zu nehmen und soweit Befehlsbefugnisse des Landtags darin enthalten sind, Strafverfolgung herbeizuführen. Ueber die drei Anträge wird gleichzeitig diskutiert. Die Nationalsozialisten glauben, ihre schlechte Sache mit einer Propaganda vorzubereiten zu können. Abg. Dem (National) brachte es fertig, die Sanktionsanträge, die den Uebelthäter in Karlsruhe unternehmen sollte, als die die unbedingte Verurteilung Angreiferinnen binzulassen. Er erregte viel Heiterkeit. — Abg. Koch (Komm.) erklärt sich gegen die Aufhebung der Immunität des Abg. Wagner und gegen die Strafverfolgung des Majors a. D. Fröhlich. — Abg. Böning (Komm.) kündigt an, daß die Kommunisten die Nationalsozialisten schlagen und zwingen werden, wo sie ihnen besagen. (Getreife!) Als er von den Nationalsozialisten unterbrochen wird, ruft Redner unter kläglichem Heiterkeit den Nationalsozialisten zu: Ihr seid ja keine Nationalsozialisten, sondern Nationalsozialisten. Abg. Kraft (National) behauptet, Abg. Dr. Kaufmann habe einen einseitig gefärbten Bericht gegeben. Er sieht sich, als er den Abgeordneten Seubert persönlich antzempele, einen Ordnungsruf zu. Er ist, daß Abg. Kraft nun alles anders gemeint haben will, wie er sich in Wirklichkeit im Ausschusse ausgedrückt habe; der allgemeine Widerspruch aus dem Hause zeigt, daß der Angriff dieses Abgeordneten gegen die Berichtserstattung unberechtigt sind. Auch Abg. Dem wird wegen einiger heideltiger Äußerungen zur Ordnung gerufen. Als Redner zum Schluß bemerkt, er hoffe, daß es zum zuten. Als Redner zum Schluß bemerkt, er hoffe, daß es zum zuten. Seine Behauptungen zu erbringen, erhält er den zweiten Ordnungsruf. — Abg. Beers (Dem.) bestätigt als Vorsitzender des Ausschusses, daß der Bericht des Berichterstatters objektiv und korrekt war. — Abg. Schmittknecht (National) verurteilt die Ausdrücke des Majors Fröhlich. Seine Forderung der Strafverfolgung an Wagner, weil es sich bei Fröhlich um einen Mann gebildet Städte handelt. Die Aufhebung der Immunität des Abg. Wagner lehnt Redner ab. — Abg. Bauer (D. Volksp.) merkt sich gegen die zu breite Richterstattung durch den Abg. Seubert.

Abg. Reinhold (Soz.)

ist für die Aufhebung der Immunität des Abg. Wagner. Es muß in der Angelegenheit Klarheit geschaffen werden. Es ist notwendig, zu erfahren, ob es sich bei den Vorgängen in Karlsruhe um ein propagiertes Vorgehen der Nationalsozialisten gehandelt hat, oder um einen zufälligen Zusammenstoß. Wir hätten erwartet, daß der Abg. Wagner von sich aus die Aufhebung seiner Immunität

Veranstaltungen

Um das Gesicht der Grotte, Morgen abend findet in der Grotte der Berggarten-Blitzlicht, wie bereits angekündigt, eine öffentliche Versammlung statt, in der über das Fortbestehen der Grotte entschieden werden soll.

Galaschauspiel. Wie uns die Direktion mitteilt, verabschiedet sich am Mittwoch, den 15. ds. Mts., abends 8 Uhr, das Schiller-Bauerntheater mit Robert Zerofal in dem großen Saal des 'S. D. D.' mit 'Im roten Mieder' vom nächsten Publikum. Am Donnerstag, den 16. ds., findet wiederum ein lustiges Ballett im Colosseum ein und zwar 'Glaube's Royal Ballet's Theater 'Klein aber fein'.

Die 'andere' Seite. Man schreibt uns: Unter dieser Ueberschrift erschien in der Sonntagsausgabe der Badischen Presse der Artikel eines Theaterbesuchers, der sich über Mißstände beim Bad. Landestheater beklagt.

Die 'andere' Seite. Man schreibt uns: Unter dieser Ueberschrift erschien in der Sonntagsausgabe der Badischen Presse der Artikel eines Theaterbesuchers, der sich über Mißstände beim Bad. Landestheater beklagt. Der Inhalt wäre reichlich harmlos und enthält einen gewissen Humors nicht, aber er enthält Auslassungen, die einen fortwährend denkenden Menschen geradezu herausfordern müssen.

Wasserstand des Rheins. Badel 22, Gef. 5; Waldsbut 21, Gef. 5; Schupferintal 88, Gef. 9; Rahl 390, Gef. 7; Mannheim 272, Gef. 6; Caub 1.83.

Lichtspielhäuser

Die Redens-Blitzspiele (Waldstraße) zeigen ab heute im neuen Bogenplan die Greta Garbo-Großfilm: 'Herrin der Liebe', ein Filmwerk voll dramatischer Wucht und psychologischer Feinheiten mit Greta Garbo und John Gilbert, dem vollkommensten Liebespaar in den Kinobühnen.

Badische Lichtspiele. Um den Umständen, die bis jetzt in diesem Winter vergeblich auf den beherzten Entschluß warten, der die Gelegenheit zur Ausführung einer der geliebtesten Sport des Stilles bringen soll, wenigstens einen kleinen Erfolg zu bieten, kommt ab Dienstag im Konzerthaus der herrliche Film 'Wunder des Schicksals' für drei Tage auf den Spielplan.

Das Italien-Theater, Kaiserstraße 21, bringt für unsere Jugend ab Donnerstag bis einschließlich Samstag von 2.30-3.45 Uhr den wunderschönen Märchenfilm 'Dorraschen' nach der Erzählung von Gebrüder Grimm in 6 Akten.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte. Voraussichtliche Witterung für Donnerstag, den 16. Januar: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Table with 4 columns: City, 14 January, 13 January, 13 January. Lists exchange rates for Amsterdam, London, Paris, etc.

Briefkasten der Redaktion

D. Hübner. Karl Bibricher, Schützenstr. 16. Nr. 100. 6.30 M. U. D. Sie können eventuell Krüsenunterstützung erhalten, je nachdem Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse sind.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 10. Januar: Anna Goos, alt 69 Jahre, ledig, Musiklehrerin. Johanna Mayer, alt 54 Jahre, Ehefrau von Wilhelm Mayer, Kaufmann.

Veranstaltungen

Bad. Landestheater: Die andere Seite. 20 Uhr. Colosseum: Abschiedsvorstellung: Robert Zerofal. 20 Uhr. Bad. Lichtspiele: Herrin der Liebe.

LEISTUNGSFÄHIGE SPEZIAL-FIRMEN

B.-U. Benzol / B.-U. Aral. Kauft deutschen Betriebsstoff. Tankstellen bei: W. Heuser, Kriegsstraße 198; E. & K. Karier, Amalienstraße 25a; etc.

Bezirks-Sparkasse Durlach. Offentliche Verbandssparkasse. Fernsprecher 196/197. Unvermutete Ereignisse wie Krankheit und Unglück können jeden jederzeit treffen!

Ihre Damen-Hüte kaufen Sie gut und billig bei Geschwister Gutmann

Gritzner. Nähmaschinen, Fahrräder. sind überall bekannt und beliebt! Maschinenfabrik Gritzner A.-G. Durlach. Inserieren in der weitaus meistgelesenen republikanischen Tageszeitung VOLKSFREUND.

Badische Bank. Hinterlegungsstelle für Wertpapiere. Mannheim Karlsruhe.

BESUCHT DAS VOLKSHAUS. Schützenstraße 16. ANGENEHMER AUFENTHALT im Ausschank das bekannte und beliebte MONINGER BIER. Dampfwalchanstalt C. Bardulch. Etilingen. Telefon 61.

Trinkt Sinner Bier

Der Blitz am Mittwoch

Damen-Strümpfe
Flor mit K'Seide, schwere Qualität, verstärkte Sohle und Hochferse, in vielen modern. Farben Paar **1.95**

Damen-Hemd hose
gewebt, Windform mit Bandträger, pastellfarbig, gute Qualität **1.10**

Diese Preise sind nur Mittwoch gültig

BURCHARD

HOTEL GERMANIA
Neu im Mittwoch

Gesellschafts-Abend

Unsere Gesellschafts-Abende finden jeden **Mittwoch, Samstag u. Sonntag** statt (Smoking).
Germania-Weinstuben * Theater-Soupers Mk. 2.50

Heute u. morgen große Möbel-Versteigerung Steinstr. 23 II

Verkaufe neuerstelt. Wohnhaus preiswert. Schöne Lage mit Garten. Näh. Hauptstr. b. Franz 66. Hoch. Oberwieser b. Hauptstr. 64/3

GAGGENAU

Geschäftseröffnung und Empfehlung!

Der werten Einwohnerschaft von Gaggenau und Umgebung zur Kenntnis, daß die Unterzeichneten ab 15. Januar in Gaggenau, Hauptstraße 5, eine

Mech. Möbel- u. Bauschreinerei

eröffnen werden. Wir empfehlen uns zur Lieferung aller Arten von Möbel in jeder Ausführung, zur Übernahme der Schreinerarbeiten ganzer Neubauten bei nur bester und billigster Ausführung.

Achtungsvoll
Emil Bracht, Otto Bastian

Touristenverein „Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Gaggenau.

Lichtbilder-Vortrag in Gaggenau!
Sonntag, den 19. ds. Mts. veranstaltet der T. u. N. die Naturfreunde in der Gammbrunnshalle ein Lichtbild-Vortrag, verbunden mit einem Lichtbildervortrag des Gen. Schürmann. Thema: 663

„In Firn und Eis der Dektaler Alpen“
Beginn 2 Uhr nachm. Eintritt 50 Pf. für Erwachsene und Kinder in Begleitung der Eltern Eintritt frei
Kartenverkauf im „Kreuz“ u. im Konjum

Pianos
empfehle Ludwig Schweisgut
Klaviergeschäft Engelsteinstraße 4 beim Rondellplatz

Ernst Preczang 60 Jahre!
wird am 16. Januar

Hauptwerke des Dichters erschienen in der

Büchergilde Gutenberg

VERSE: Im Strom der Zeit. Mit Holzschnitten von Franz Masereel RM. 4.50
PROSA: Im Satansbruch. Mit Original-Holzschnitten von O. R. Schatz RM. 4.50
Die Glückshunde. Erzählung RM. 4.50
Der leuchtende Baum. Novellen RM. 4.50
Zum Lande der Gerechten. Der Roman einer Kindheit RM. 4.50

Jeder dieser mustergültig ausgestatteten Bände kostet für Mitglieder der Büchergilde Gutenberg nur RM. 3.-

Unterstützt durch eure Mitgliedschaft die Organisation und setzt euch dadurch in den Genuß der Vorteile. **Werdet Mitglied!**

Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe, Waldstraße 28 Fernruf 7030 und 7021

Badisches Landes-theater
Mittwoch, 15. Januar
* A 12
Th. Gen. 201-300 und 1401-1500

Die andere Seite

Drama von Herrff
Deutsch von Heffger
Regie: Baumhag
Witwinnen: Brand, Dahlen, Graf, Gierl, Juhl, Kleebie, Müller, Richter, Schulze, v. d. Trenck, v. Kienle, Suther

Anfang 20 Uhr
Ende gegen 23 Uhr
Preise A (0.70-5.00 M.) 119

So. 16. I. Faust, II. Teil
Fr. 17. I. „Reittheater“
Die Dreigroschenoper.
Sa. 18. I. In halben Streifen: Das Mädchen des Eremiten. So. 19. I. nachm: Spielbüchens Märchenbuch. Abends: Rigoletto im Konzert-haus: Kater Lampe
Mo. 20. I. „Reittheater“
Die Dreigroschenoper.

Voranzeige
Badisches Landes-theater
21. Januar 1930
Einmal. Gaudepiel
Mady Christians
Ernst Deutsch, Hans Junfermann

Hochzeit-, Ehem.-Smoking u. Frack-Anzüge. Ich neu, neu und bill abzug. 200
Säbingerstr. 53 a, 11

Während des Inventur-Ausverkaufs

Glas, Porzellan Wirtschaftskartikel enorm billig.

Porzellan
Ein Posten Kaffeesservice 9 teil., für 6 Pers., sort. Dec. 5.50 **4.95**
Ein Posten Tafelsservice 23 St., 1.6 Pers., dar. Feston u. Gold **24.50**
Ein Posten Tafelsservice 45 Stg., für 12 Pers., Feston m. Goldr. **42.50**
Ein Posten Tassen weiß und mit Goldrand . . . 35.7 **32.7**

Steingut
Ein Posten Teller flach 16.7 **14.7**
Ein Posten Obertassen bunz 16.7 weiß **14.7**
Ein Posten Satzschüsseln 6 St. im Satz, weiß u. bunz 1.65 1.25 **95.7**
Ein Posten Gemüsetonnen versch. Ausführ., mit Schrift Stk. **68.7**

Glaswaren
Ein Posten Kompotteller 10.7
Ein Post. Kompottschalen ca. 10 cm 10.7
Ein Posten Kuchenteller 85.7 75.7 **68.7**
Ein Posten Blumenvasen farbig u. Rosenmst., Stk. 85.7 85.7 **45.7**

Bleikristall
Teller ca. 15 cm Stk. **2.60**
Schalen schw. geschl., ca. 20 cm **10.75**
Traubenspieler eros **5.25**
Jardiniere ca. 27 cm **24.50** ca. 18 cm **9.75**

Ein Posten Kristallteller 1.15
geschliffen

Kristallchalen ca. 13 cm **1.55**
15 cm 18 cm 20 cm
1.95 2.45 3.45

Ein Posten Römer farbig, überlangen, Kristall, Stk. 4.95 3.75 **2.95**

Ein Posten Fleischplatten oval, weiß, versch. Formen, ca. 40 cm **1.65**

Ein Posten Waschgarnituren Steingut, 5 teilig, bedruckt . 5.75 **4.80**

WIRTSCHAFTS-ARTIKEL

Elektr. Bügeleisen mit Zuleitg., 2 Jahre Garantie 8.75 **5.75**
Salatbestecke Horn u. Galalit 50.7 **50.7**
Edlöffel od. Gabel verchromt **50.7**
Solinger Backenbestecke mit Coccoschale. 1.10 **75.7**
Ebmesser prima Stahl, zum Ausschneiden 50.7 **25.7**
Brotkasten Emaille, dekoriert u. weiß 9.75 8.75 **6.75**
Eimer Emaille 1.25 1.10 grau **85.7**
Bazarwanne Emaille, 35 cm weiß 1.25 grau **1.10**

Ein grosser Posten **EMAILLE** darunter Fleischtöpfe, Kaffeekannen, Milchträger und Schüsseln mit kleinen Schönheitsfehlern **enorm billig!**

Wasserkessel Aluminium 20 cm 3.25, 18 cm **2.85**
Stielkasserollen Aluminium, bordiert u. unbord. 16 cm 9.7, 14 cm **50.7**
Kaffeefilter Aluminium, zum Einhängen 1.10 **95.7**
Brotkasten lackiert, mit verschiedenen Dekoren . . . 3.45 2.75 **1.95**
Brotkörbe emailliert, dekoriert und weiß 1.10 **95.7**
Kranz- u. Bündelformen 2. Aussehen **95.7**
Zink-Waschkessel 40 cm . . . **4.75**
Zink-Waschwannen 50 cm **6.85**
Zink-Eimer 30 cm **1.25**

HERMANN TETZ KARLSRUHE

Es lohnt sich reichlich, die enormen Vorteile welche mein diesjähriger

Inventur-Ausverkauf

bietet auch in den letzten Tagen auszunutzen. Die bereitgestellten großen Warenmengen sowohl in

Damen-, Herren- und Kinderbekleidung als auch in

Kleider- u. Anzugstoffen, Aussteuerartikeln etc. haben in den bisherigen Ausverkaufstagen überaus

lebhaft abnahme

gefunden. Die Gelegenheit zur vorteilhaften Beschaffung von Kleidungs- u. Ausstattungsstücken ist überaus günstig, da die Auswahl in allen Abteilungen noch sehr groß ist und die Preise, um rasch zu räumen, zum Teil weiter herabgesetzt wurden

Carl Schöpf

10% Sonder-Rabatt auf alle nicht herabgesetzten Waren

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
für Jorgo Raffat

Wohltätigkeits-Konzert
zu Gunsten des Kaiserlicher Paterfriedhofes in Gaggenau
am Donnerstag, 16. Januar 1930, abends 8 Uhr, in der „Mari-Franz-Salle“ unter freundl. Mitwirkung des Instrumentalvereins, der Feuerwehrtabelle, der vereinigten Männergesangsvereine

Solisten:
Erdaulein Hildegard Bell (Soprano)
Franz Reichel Müller (Alto)
Fräulein Maria Biber (Mezzosopran)
Herr Heintzsch (Tenor)

Die berechtigten Vereine werden gebeten, den Abend ihrerseits reichhaltig zu machen.
Eintrittspreis 1.- Mark
Vorverkauf: Buchhandlung Kronenwerth

Druckarbeiten aller Art liefert schnell die Verlagshandlung
Volksfreund G.m.b.H.

Küppersbusch-Öfen und -Herde
Küppersbusch-komb. Herde u. Gasherde

stets neueste Ausführungen
Monat. Raten von 5.- an.
Beamtentbank angeschlossen Gaswerksbedingungen. Fachgemäß. Aufstellung. - Eigene Reparatur-Werkstätte.

Karl Fr. Alex. Müller
Karlsruhe, Amalienstr. 7
Telephon 1284 - Gegründet 1890

Streng solide Winterjoppen
aus Tuch - Loden - Manchester - Lederol und Windjoppen (nur allerbeste Ware) bei
Friedrich, Zirkel 25a, Ecke Ritterstr. (Mitgl. der SPD.)

Deutscher Verkehrsbund
Bezirksverwaltung Karlsruhe
Büro: Schützenstr. 16, Tel. 3109

Am Freitag, den 17. Januar 1930, findet abends 8 Uhr im Volkshaus, Schützenstraße 16, unsere letzte

Generalversammlung
mit folgender Tagesordnung statt:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1929, Bericht der Revisoren
2. Vorschläge für die zukünftige Ortsverwaltung des Gesamtverbandes
3. Anträge und Verschiedenes.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder zu zahlreichem Besuche höflich ein. Insbesondere erwarten wir vollzähliges Erscheinen der Funktionäre.

Die Bezirksverwaltung: I. A. F. 158er

Mahnung.
Versämlene Kirchenheuern sind binnen 8 Tagen zu bezahlen.
Karlsruhe, 7. Januar 1930
Evang. Gemeindeamt.

Bei Rheumatismus!
Gicht, Reiben ist Dr. Ballebs australisches Eucalyptusöl unentbehrlich
Drogerie Guggen, Rheinstr. 57

Möbel-Auto
geschlossen, km b. 30.5 an. Stunde 3.50. 4. zu vermieten.
Telephon 6534.

Büdorfritz - Professor jetzt -
Ist als Redner hochgeschätzt, weil er kurz und bündig sagt: „büdogewich!“
die Schuhe trägt!

„büdogewich!“, ein neuer Ausdruck für besonders schön glänzende, mit Büdo geputzte Schuhe. Gehen Sie auch „büdogewich!“